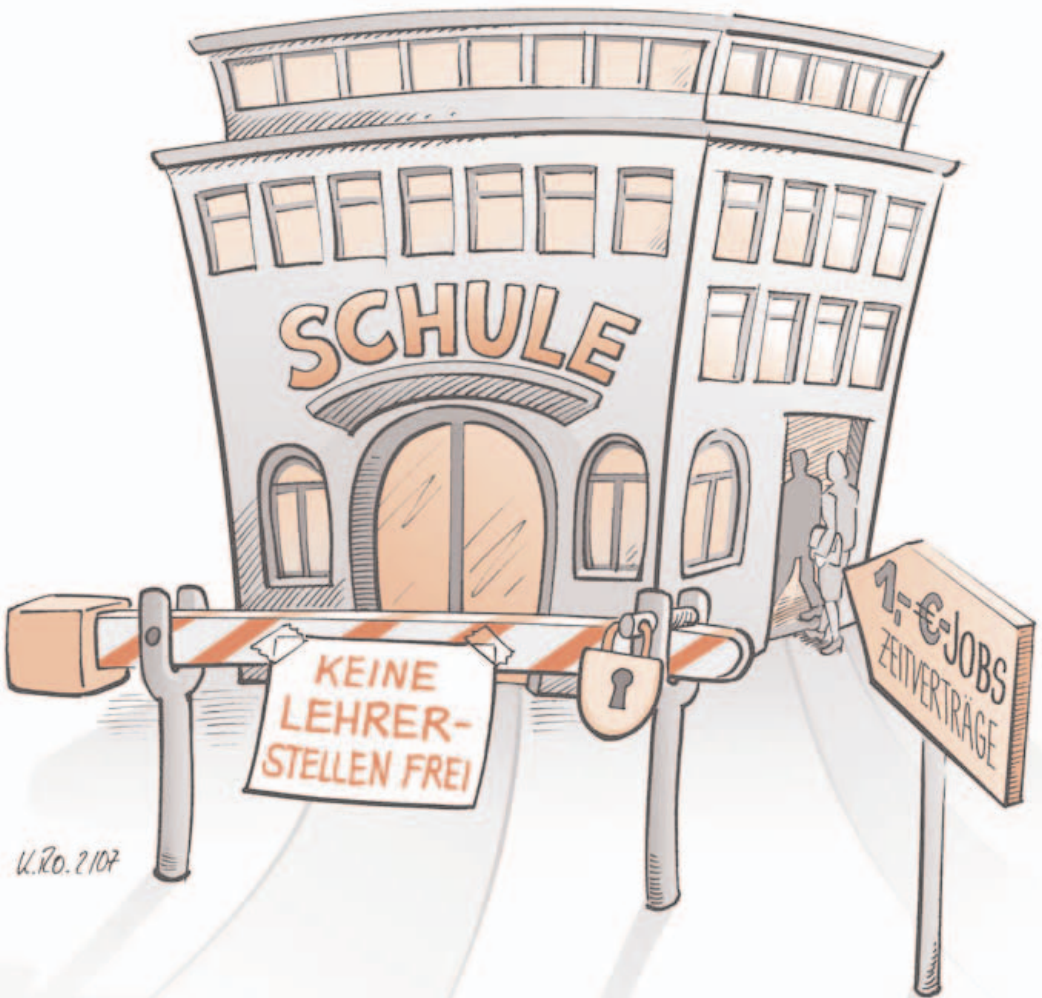


Privatisierungsreport – 3

Unternehmen Schule: Von Billig-Lehrern, Schülerfirmen und Public Private Partnership



Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand
Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt
Tel.: 069/78973-0
Fax: 069/78973-201
E-Mail: info@gew.de
www.gew.de

Verantwortlich: Marianne Demmer, Ulf Rödde
Texte und Foto: Matthias Holland-Letz
Redaktion: Martina Schmerr, Stefanie Eßwein
Illustration: Katja Rosenberg
Gestaltung und Satz: Jana Roth
Druck: Druckerei Leutheußer

ISBN: 978-3-939470-05-2
GEW-Shop - Artikel-Nr.: 1198

Die Broschüre erhalten Sie im GEW-Shop
(www.gew-shop.de, E-Mail: gew-shop@callagift.de, Fax: 06103/30332-20),
Mindestbestellmenge: 10 Stück, Einzelpreis 1,50 Euro, Preise zzgl. Verpackungs- und
Versandkosten von zurzeit 6,96 Euro brutto.
Download: gew.de/Publikationen_aus_dem_Vorstandsbereich_Schule.html

Februar 2007

Privatisierungsreport – 3

Unternehmen Schule: Von Billig-Lehrern, Schülerfirmen und Public Private Partnership

Vorwort _____ 4

Matthias Holland-Letz:

Ein-Euro-Jobber an Schulen

Auf dem Weg zum Billig-Lehrer _____ 8

Warum Firmenstiftungen, Banken und Versicherungen

Schülerfirmen fördern

„Unternehmer werden gemacht, nicht geboren“ _____ 25

Public Private Partnership (PPP) im Schulwesen

„... in krassem Widerspruch zum Gemeinwohl ...“ _____ 39

GEW-Links _____ 56

GEW-Adressen

Mitgliedsantrag

Der dritte Teil der Reihe „Privatisierungsreport“ widmet sich den Themen Ein-Euro-Jobs, Schülerfirmen und Public Private Partnerships. Warum diese drei Themen?

Die Beiträge sollen zeigen, auf welchen Wegen sich Privatisierung und Ökonomisierung im Schulbereich vollziehen können. Wenn etwa pädagogische Tätigkeiten entprofessionalisiert werden, Schulprojekte sich einseitig ökonomisch ausrichten oder aber der Bau, die Sanierung oder die Bewirtschaftung von Schulgebäuden an Firmen abgetreten werden.

Der Beitrag *Ein-Euro-Jobber an Schulen: Auf dem Weg zum Billig-Lehrer* liefert anschauliche Beispiele dafür, welche Tätigkeiten Arbeitslose im Rahmen von Hartz IV an Schulen wahrnehmen. Dabei geht es längst nicht immer um zusätzliche Arbeiten, wie es das Gesetz vorschreibt. Ob pädagogische, technische oder Verwaltungsaufgaben – die Tätigkeiten gehören in der Regel zu den öffentlichen Pflichtaufgaben. Die Folge: Notwendige Stellen werden nicht geschaffen und sozialversicherungspflichtige werden schleichend abgebaut: Faktisch wird hier ein Niedriglohnsektor in Bildungseinrichtungen eingeführt.

Deshalb lehnt die GEW den Einsatz von Ein-Euro-Kräften im Bildungswesen prinzipiell ab. Vor allem im pädagogischen Bereich. Der Einsatz für pädagogische Zwecke verbietet sich, weil pädagogische Prozesse Kontinuität brauchen, die Ein-Euro-Jobber aber immer nur kurzfristig an der Schule, in der Kita oder an Volks- und Hochschulen bleiben können. Grundsätzlich gilt: Pädagogische Aufgaben brauchen pädagogische Qualifikation.

Schulleitungen und Kollegien, die die Ein-Euro-Kräfte als willkommene Entlastung sehen, stimmen jedoch mit den kämpferischen Personalräten nicht immer überein. Das macht auf der einen Seite die Schwierigkeiten der GEW mit vielen Privatisierungstendenzen in der Praxis deutlich. Es zeigt auf der anderen Seite aber, wie nötig die Dis-

kussion darüber ist, was uns Bildung wert ist und welche Perspektiven die Gesellschaft arbeitenden Menschen bietet.

Ein ganz anderes Thema sind Schülerfirmen. Die zahlreichen Projekte, in denen Schüler und Schülerinnen Waren produzieren, Dienstleistungen verkaufen oder die Schulcafeteria betreiben und dabei sehr viel an Wissen und Kompetenzen erwerben, sind aus Schulen nicht mehr wegzudenken. Der öffentliche Beifall ist groß. Bis hin zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wird den Schülerfirmen eine Reihe positiver Effekte nachgesagt.

Der Beitrag *Warum Firmenstiftungen, Banken und Versicherungen Schülerfirmen fördern: „Unternehmer werden gemacht, nicht geboren“* zeigt unter anderem, wie wirtschaftliche Interessen auf diesem Gebiet an Einfluss gewinnen und sich Geltung verschaffen. Reicht es aus, sich auf Gewinn- und Verlustrechnungen, Kreditvergleiche Shareholder Value, Marktforschung und Werbemaßnahmen zu konzentrieren? Oder zugespitzt formuliert: die junge Generation zu (Klein-)Aktionären zu machen und reibungslos in das bestehende Wirtschaftssystem zu integrieren?

Schulforscher und Gewerkschafter melden Bedenken an: Es widerspricht dem Bildungsauftrag der Schulen fundamental, wenn in Schulen unkritisch für den Kauf von Aktien geworben wird und distanzlos die bestehende Ellbogenmentalität und Wirtschaftsordnung idealisiert werden.

Die Risiken beruflicher Selbstständigkeit, die Schattenseiten der Wirtschaftsordnung und die Begrenztheit betriebswirtschaftlicher Logik sollten in der sozioökonomischen Bildung an Schulen ebenso vermittelt werden wie die Orientierung an Demokratie, Nachhaltigkeit, Gemeinwohl und einem modernen Arbeitsbegriff, der neben Erwerbstätigkeit auch Familien-, Pflege- und gesellschaftliche Arbeit einschließt.

Der Beitrag *Public Private Partnership (PPP) im Schulwesen: „... in krassem Widerspruch zum Gemeinwohl ...“* liefert ein wichtiges Beispiel dafür, dass öffentliche Verantwortung in private Hände verschoben und Märkte im Bildungsbereich geschaffen werden. Diese Entwicklung vollzieht sich nicht allein aus der Not. Die Teilprivatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und die Einführung des Wettbewerbsprinzips in alle gesellschaftlichen Bereiche ist politisch gewollt. Der Anteil von PPPs an öffentlichen Investitionen soll laut Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) mehr als verdreifacht werden, gesetzliche Bestimmungen sind gelockert und ein PPP-Beschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht worden. Der Beitrag zeigt, wie viele namhafte Politiker sich hier engagieren. Eine Lösung für das Problem der enorm sanierungsbedürftigen Schulen ist also gefunden. Wirklich?

An mehreren Beispielen – etwa dem Bildungszentrum Ostend in Frankfurt am Main – wird aufgezeigt, welche Zweifel an der Wirtschaftlichkeit und Funktionalität des PPP-Modells angebracht sind. Kostenvorteile werden herbeigeredet, Funktionalität und Qualität der Bauausführung lassen zu wünschen übrig, Standards werden unterschritten. Entscheidungen werden dabei oft unter Umgehung der Parlamente und Vergabekommissionen gefällt. Es zeigt sich: Public Private Partnerships sind stets im Sinne der Unternehmen, aber oftmals zum Schaden der Allgemeinheit und der Demokratie. Ganz zu schweigen von der Gefahr, die sie für Arbeitsplätze und tarifliche Standards bergen.

Die GEW ist gegen jede Unterordnung der öffentlichen Bildung und der Pädagogik unter ökonomische und privatwirtschaftliche Interessen. Gegen eine Aushöhlung von Demokratie und Mitbestimmung. Gegen eine Abwertung pädagogischer Arbeit sowie die Privatisierung öffentlicher Bildungskosten. Dass diese Forderungen nicht allzu abstrakt bleiben und die Diskussion durch Beispiele angeregt wird, dazu soll der Privatisierungsreport dienen.

Der erste Teil des Privatisierungsreports hat anhand der Themen Schulsponsoring, Lernpartnerschaften und Elternbeiträge Beispiele dafür versammelt, wie öffentliche Kosten auf Firmen und Eltern verlagert werden, wie Schulen schleichend kommerzialisiert werden und wie sich der Einfluss privater Firmen auf Schule und Bildung vollzieht. Der zweite Privatisierungsreport zeigte auf, wie Stiftungen und Konzerne in die Schulen vordringen und Bildungsaufgaben übernehmen oder in den Freiräumen Märkte abstecken, die die öffentliche Hand durch ihren Rückzug eröffnet hat.

Weitere Hefte sind in Planung: zur Regelung eines weltweiten Bildungsmarktes (GATS - „General Agreement on Trade in Services“), zum Umbau der Hochschulen, zu Privatschulen wie zur Kommerzialisierung im Bereich Kindertagesstätten. Zur Privatisierung im Bildungswesen werden uns die Themen nicht so schnell ausgehen.

Marianne Demmer und Martina Schmerr

GEW-Hauptvorstand

Vorstandsbereich Schule



Auf dem Weg zum Billig-Lehrer

Den Hausmeister unterstützen? In der Schulbibliothek mit anpacken? Ein-Euro-Kräfte an Schulen leisten längst viel mehr. Allein in Berlin erfüllen rund 1.500 Ein-Euro-Jobber pädagogische Aufgaben, schätzen Personalräte. Diese Tätigkeiten bewegen sich zwar rechtlich auf dünnem Eis. Doch Gewerkschafter fürchten: Der Einstieg hin zum Billig-Lehrer ist politisch gewollt.

Berlin-Neukölln, Ortsteil Britz. Der Besucher verlässt den U-Bahnhof Britz-Süd und geht hinüber zur Bruno-Taut-Grundschule. Der Weg führt durch einen Park. Ahorn und Eichen stehen hier – und blickdichte Sträucher. Ein ideales Gelände für Exhibitionisten. „Unsere Schüler wurden morgens und nachmittags belästigt“, erzählt Stephan Kinzel, Leiter der Bruno-Taut-Grundschule. Und das jahrelang. „Die haben ihre Hose aufgemacht und den Schniedelwutz gezeigt“, so der 53-Jährige, an dessen Schule rund 400 Mädchen und Jungen lernen. Doch endlich sei Schluss mit dem Treiben, verkündet Schulleiter Kinzel. Denn seit vergangenen Juni tritt täglich die Schulweg-Sicherung auf den Plan: Ein-Euro-Kräfte, die rund um das Schulgelände patrouillieren. Sie tragen ein gelbes Schild mit der Aufschrift „Schulwegsicherung“ an der Jacke und sind „präsent“, so Kinzel. Zwei kontrollieren von morgens halb acht bis mittags halb zwei. Zwei weitere sind von mittags zwölf bis 18 Uhr unterwegs. Für Stephan Kinzel ein Beispiel, wie segensreich Ein-Euro-Kräfte wirken können. „Auch die umliegenden Kindergärten freuen sich darüber“, sagt er.

„Sie unterrichtet für einen Euro pro Stunde“

Ob in Nürnberg, Iserlohn oder im südhessischen Kreis Bergstraße: Ein-Euro-Kräfte haben an vielen Schulen Einzug gehalten. Sie beaufsichtigen die Toiletten, helfen in der Schulbibliothek oder betreuen die Chemiesammlung. Sie warten PCs und schnibbeln Möhren und Kartoffeln in der schuleigenen Mensa. Doch längst übernehmen sie auch pädagogische Aufgaben. Billig-Löhner arbeiten im Selbstlern-

zentrum, wo sie Schülern beim Lösen einfacher Aufgaben helfen. Andere unterstützen die Schulsozialarbeiterin, wenn diese Schulschwänzer und deren Eltern aufsucht. „Sie unterrichtet für einen Euro pro Stunde“, lautete die Schlagzeile des Hamburger Abendblatts am 18.1.2006.¹ In dem Zeitungsbericht geht es um Mascha Kühl, 32 Jahre alt, Magisterabschluss in Anglistik, Amerikanistik und Spanisch. Als Ein-Euro-Kraft bringt sie Migrantenkinder Deutsch bei – im Rahmen eines Projektes, das vom Schulamt des norddeutschen Kreises Segeberg und der Stadt Norderstedt realisiert wird.

Die Berliner Bruno-Taut-Grundschule beschäftigt derzeit zwölf Arbeitslose mit Ein-Euro-Job. Zwei von ihnen gehen „mit in die Klasse“, wie es Schulleiter Stephan Kinzel nennt. Zum Beispiel Bernd Lohöfer, 44 Jahre alt, ehemaliger EDV-Dozent. Er ist der 5c zugeteilt, unterstützt dort den Lehrer Bernd Waldheim. Wenn die Schüler in ihre Hefte schreiben, geht er umher und schaut, ob sie auf Rechtschreibung und Grammatik achten. Er hilft, wenn die Kinder für eine Wandzeitung Bilder ausschneiden und aufkleben. Er sitzt hinten im Klassenraum, beobachtet und sorgt anschließend für ein Feedback zum Unterrichtsverlauf. Bernd Waldheim ist voll des Lobes. „Wenn man zu zweit ist, lassen sich Fehler schneller revidieren“, sagt der 46-jährige Pädagoge. Die Kinder, so Waldheim weiter, nutzen Lohöfer gerne als Anlaufstelle und sagen ihm, „was sie dem Lehrer nicht sagen würden“.

Auch Mütter und Väter sind beglückt. „Eigentlich“, könnte jede Klasse „einen Herrn Lohöfer dringend gebrauchen“. So steht es in einem Brief, den die Elternvertreter der 5c am 26.9.2006 an Schulleiter Kinzel schrieben. Seit Lohöfer Einzug gehalten habe, „ist eine intensivere Unterrichtsgestaltung möglich geworden“, heißt es dort. „Wir, die Eltern und Kinder der 5c, möchten uns unbedingt für den Verbleib von Herrn Lohöfer als Unterstützung im Unterricht einsetzen.“

Der Wunsch der Eltern wurde erhört. Lohöfer arbeitet nun bis zum 30.6.2007 an der Britzer Grundschule. Wie lange er denn schon hier sei, fragen wir ihn. „Seit September 2004“, antwortet Lohöfer. „Ununterbrochen.“

Schulleiter Stephan Kinzel will jedoch eines klarstellen: Er sei strikt dagegen, Ein-Euro-Leute alleine unterrichten zu lassen. Keinesfalls sollen sie kranke Lehrer in der Klasse vertreten. „Ich würde den Unterricht lieber ausfallen lassen“, sagt er. Denn: „Wenn wir damit anfangen, habe ich kein Argument mehr, nicht alle Lehrer auf Ein-Euro-Basis zu beschäftigen.“

Ein-Euro-Jobs

heißen im Amtsdeutsch „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ (MAE). Diese Tätigkeiten werden jenen vermittelt, die Arbeitslosengeld II (Alg II) erhalten. Wer sich sträubt, einen als zumutbar erklärten MAE-Job anzunehmen, riskiert die Kürzung seines Alg II. Die rot-grüne Bundesregierung führte die Ein-Euro-Jobs zum 1.1.2005 ein, als Teil von Hartz IV. Die MAE-Tätigkeiten müssen „im öffentlichen Interesse“ liegen und „zusätzliche Arbeiten“ darstellen. So steht es im Zweiten Sozialgesetzbuch, Paragraph 16. Mit der Vorgabe „zusätzlich“ soll verhindert werden, dass diese Jobs reguläre Beschäftigungsverhältnisse verdrängen. In Paragraph 16 heißt es weiter: „Diese Arbeiten begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts“. Folglich gibt es auch keinen Arbeitsvertrag, die Tarifverträge der jeweiligen Branche gelten nicht.²

MAE-Kräfte arbeiten bis zu 30 Stunden pro Woche. Nach sechs bis zwölf Monaten endet die Beschäftigung. Allerdings ist es mög-

lich, die Ein-Euro-Kraft am bisherigen Arbeitsplatz erneut einzusetzen. Wie hoch die „Mehraufwandsentschädigung“ ist, steht nicht im Gesetz. Gezahlt werden ein Euro bis 1,50 Euro die Stunde. Bei einer 30-Stunden-Woche kommen also bis zu etwa 190 Euro im Monat zusammen. Die darf der Ein-Euro-Jobber behalten – zusätzlich zum Alg II, das 345 Euro im Monat beträgt, plus der Kosten für Miete, Strom und Heizung sowie für Sozialversicherungsabgaben.³

Jürgen Schulte vom Berliner Gesamtpersonalrat Schulen schätzt, dass etwa 3.000 Ein-Euro-Jobber an Berlins allgemeinbildenden Schulen tätig sind.

Bei rund 29.000 Lehrerstellen bedeutet das grob gerechnet: Auf je zehn Lehrerstellen in der Hauptstadt kommt eine Ein-Euro-Kraft. „Mindestens 50 Prozent von ihnen“, schätzt Personalrat Schulte, werden für pädagogische Aufgaben oder „im pädagogischen Randbereich“ eingesetzt.

Hauptstadt Berlin: 3.000 Ein-Euro-Kräfte an Schulen

Beispiele finden sich schnell. Ein MAE-Mann berichtete im Mai 2006 über seinen Einsatz an einem Berliner Gymnasium:⁴ Er „als Nicht-Pädagoge“ sei „regelmäßig zur Aufsicht von Schulklassen herangezogen“ worden. Und: „Selbstverständlich wird in solchen Fällen seitens der Schule darauf hingewiesen, dies nicht dem Maßnahmenträger oder dem Jobcenter zu melden.“ Bereits im März 2005 schrieb der Berliner Tagesspiegel über die Robert-Jungk-Gesamtschule in Wilmersdorf.⁵ Dort, so das Blatt, versuche Schulleiterin Ruth Garstka „eine junge Frau mit erstem Lehrerauszug, die auf ihr Refrendariat wartet, als Ein-Euro-Kraft einzustellen“. Die Frau, so der Tagesspiegel damals, „soll Kollegen im Unterricht unterstützen“. Es sei denkbar, wird Ruth Garstka zitiert, „dass sie auch mal allein vor einer

Klasse stehe“. Da beantragte die Pustebblumen-Grundschule in Marzahn-Hellersdorf im Frühjahr 2006, Detlef E. und Anja E. als Ein-Euro-Kräfte einzusetzen.⁶ Beide sollen sich um „Leseförderung“ kümmern sowie um „Einzelbetreuung von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf“. Ob die beiden Alg II-Empfänger dafür qualifiziert sind, scheint weniger zu interessieren. Detlef E. ist Fahrlehrer von Beruf, Anja E. hat Industriemechanikerin gelernt.

Der Berliner Landesverband der GEW ist grundsätzlich dagegen, Ein-Euro-Kräfte an Bildungseinrichtungen einzusetzen.⁷ Denn bereits jetzt, so die GEW, hätten MAE-Kräfte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst von Berlin verdrängt. Allerdings: Der Kampf gegen Hartz IV müsse auf „politischer Ebene“ geführt werden. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften seien hier in der Pflicht. Doch die Berliner GEW sieht auch Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden. Die Personalräte könnten den Einsatz von MAE-Kräften an Berlins Schulen im Rahmen der Mitbestimmung zumindest „als Leistungsmissbrauch offen legen und einschränken“. So steht es in der Handreichung für Personalräte der Berliner GEW. Dazu sei es notwendig, „jede Einzelmaßnahme auf ihre rechtliche Zulässigkeit zu überprüfen“, heißt es dort. Wichtigstes Prüfkriterium: Ist die beantragte Arbeitsgelegenheit wirklich zusätzlich, wie es das Gesetz verlangt? Oder geht es lediglich darum, Personallücken mit Hilfe von Billiglöhnern zu schließen?

Der Kampf um Mitbestimmung

Wir treffen Hartmut Schurig, Lehrer-Personalrat im Bezirk Marzahn-Hellersdorf und stellvertretender Vorsitzender der GEW-Berlin. Der 47-Jährige ist im Hauptberuf Lehrer für Mathematik und Physik. Auf Schurigs Schreibtisch landen die Anträge von Schulen des Bezirks, die Ein-Euro-Kräfte beschäftigen möchten. Er stellt klar: Wenn es darum geht, dass MAE-Leute wie in Britz außerhalb des Schulgeländes die

Ein-Euro-
Jobber bei der
Schulweg-
sicherung



Wege sichern, „dann würde ich nicht ablehnen“. In diesem Fall würde er Zusätzlichkeit unterstellen und den Antrag durchgehen lassen. Doch Hartmut Schurig weiß von ganz anderen Anträgen. Er zeigt auf einen Aktenordner. Da will eine Schule die Ein-Euro-Kraft für „Unterstützung der Projektarbeit an der Schule“ einsetzen. An einer anderen Schule soll ein Billiglöhner die „AG Kunst unterstützen“. Weitere Ein-Euro-Kräfte werden angefordert, um das Computernetzwerk der Schule zu warten. Oder es geht um „Betreuung im Offenen Ganztag“. „Angeblich alles zusätzlich“, sagt der GEW-Mann und schüttelt den Kopf. Im übrigen, so Schurig: „Wir sind ja sehr dafür, dass ein zweiter Mann im Unterricht ist“. Aber „nicht für ein Euro 50 die Stunde.“

Der 47-Jährige berichtet jedoch, dass ein Nein des Personalrats den MAE-Einsatz derzeit in vielen Fällen nicht verhindert. Die zuständige Dienstbehörde akzeptiere die Ablehnung nicht, so Schurig. „Und es wird einfach vollzogen“. Der Ein-Euro-Jobber darf also loslegen. Und wie sieht die Sache rechtlich aus? Die Lehrer-Personalräte hätten gar nicht das Recht, sich einzumischen, fand die Berliner Senatsverwaltung für Bildung. Schließlich gehe es um MAE-Jobs. Das seien kei-

ne Arbeitsverhältnisse – also greife auch das Mitbestimmungsrecht nicht, argumentierte die Behörde. Der Personalrat der zentral verwalteten und berufsbildenden Schulen Berlins zog vor Gericht – und gewann. Das Verwaltungsgericht Berlin entschied am 7.9.2005: Die Senatsverwaltung habe zwei MAE-Kräfte an Schulen „eingegliedert“, ohne „zuvor das Mitbestimmungsverfahren durchzuführen“.⁸ Inzwischen äußerten sich weitere Gerichte zum Thema. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof urteilte: Jawohl, die Personalräte besitzen ein Mitbestimmungsrecht.⁹ Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz entschied: Nein, dem ist nicht so.¹⁰

Doch der Sieg vor dem Berliner Verwaltungsgericht am 7.09.2005 nützt den GEW-Personalvertretern wenig. Denn in einem weiteren Urteil, ergangen am 12.09.2006 gegen den Personalrat Marzahn, befand das Gericht:¹¹ Der Personalrat habe nicht die Aufgabe, die Zusätzlichkeit einer MAE-Tätigkeit zu prüfen. Das sei nicht dessen Job. Der Marzahner Personalrat will dieses Urteil nicht hinnehmen - und geht in die Berufung.

GEW-Schulleiter contra GEW-Personalräte ...

Doch GEW-Personalräten, die Ein-Euro-Jobs an Schulen höchst kritisch sehen, weht noch aus anderer Richtung ein scharfer Wind ins Gesicht: Aus der GEW selbst. „Wir brauchen die Ein-Euro-Kräfte“, heißt es etwa an der Reinhardswald-Grundschule in Berlin-Kreuzberg. Hier arbeitet Schulleiter Werner Munk, „GEW-Mitglied seit 1974“, wie er sagt. Munk und sein Lehrerkollegium organisierten im März 2006 eine Unterschriftensammlung. „Wir Beschäftigte der Reinhardswald-Grundschule“, heißt es dort, „fordern die ... Personalräte auf, ihre derzeitige, grundsätzliche ablehnende Haltung ... aufzugeben“. „Aus unserer Sicht“, so der Text weiter, „gibt es kaum ein sozialeres, sinnvolleres und wertvolleres Einsatzfeld für MAE-Beschäftigte als die Schulen“. Und: „Wer dies bekämpft, kämpft gegen die Festbeschäftig-

ten, indem er/sie zur drastischen Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen beiträgt.“ 75 Festangestellte, darunter viele GEW-Mitglieder, erzählt Schulleiter Munk, hätten diesen Text unterschrieben.

Munks Ganztagschule wird von rund 780 Mädchen und Jungen besucht. 57 Lehrkräfte und 25 Erzieherinnen arbeiten hier. 15 Ein-Euro-Kräfte packen mit an. Davon werden drei „zur Unterstützung der Lehrarbeit, vor allem zur Begleitung verhaltensauffälliger Schüler eingesetzt“, erklärt Munk. Der 55-Jährige betont, wie dankbar viele MAE-Kräfte für den Job sind. „Ich mache die Leute glücklich“, sagt Munk. Die Alg II-Empfänger kämen endlich wieder unter Leute. Einer habe erzählt: „Ich kann seit Jahren zum ersten Mal wieder durchschlafen“. Auch Bernd Lohöfer von der Bruno-Taut-Grundschule ist zufrieden mit seinem Job. Die Arbeit mit den Kindern bereite ihm Freude, betont er. Und mit Lehrer Waldheim verstehe er sich bestens. Ob er sich unterbezahlt fühle? Lohöfer verneint. Zusammen mit dem Alg II komme er auf einen Stundenlohn von sieben Euro, sagt der 44-Jährige. Mehr Lohn gebe der Markt derzeit nicht her. Doch ihn wurmt, dass er „nach dem Tagelöhner-Prinzip“ bezahlt werde. Lohöfer: Den Stundenlohn bekomme er nur, „wenn ich nicht krank bin und kein Feiertag ist“.

Unbezahlte Arbeit

Wie perfide das MAE-System wirken kann, zeigt ein Fall aus dem rheinischen Monheim, über den die Journalistin Inken Petersen in der ver.di-Mitgliederzeitung publik berichtete.¹² Es geht um Dieter M., 50 Jahre alt, Maler von Beruf. Neun Jahre lang war er arbeitslos. Dann, im Jahr 2005, schickt ihn die für Alg II-Empfänger zuständige Arbeitsgemeinschaft (ARGE) an eine örtliche Gesamtschule, als Ein-Euro-Kraft. Dieter M. wird Hausmeister-

helfer. Er streicht Wände, schraubt Bänke zusammen, räumt Müll weg. Wer ihn kennenlernt, beschreibt den Mann als handwerklich geschickt, eifrig und zuvorkommend. Doch zum Jahresende 2005 läuft der Ein-Euro-Job aus. Der Schulleiter berichtet: „Er kam in den Weihnachtsferien zu mir und sagte, zu Hause falle ihm die Decke auf den Kopf, notfalls arbeite er auch umsonst“. Der Schulleiter willigt ein. „Ich bin zutiefst überzeugt, dass dieses ganze Hartz-IV-System ungerecht ist“, sagt er. Aber er habe gesehen, dass sich Dieter M. nach einem klaren Tagesablauf gesehnt hat, nach Anerkennung, nach sozialen Kontakten. Sollte er ihm dies abschlagen? Ihn beim Personalrat der Stadt anschwärzen? Die ARGE einschalten? Der Schulleiter regelt das, wie er sagt, „auf dem kleinen Dienstweg“. M. arbeitet weiter, fünf Tage die Woche, unbezahlt, ohne Versicherung. Nach zwei Monaten entscheidet der Schulförderverein, den 50-Jährigen bei der Unfallversicherung anzumelden. Zudem zahlt der Verein ihm fortan 120 Euro im Monat „Mehraufwandsentschädigung“. Danach erhält Dieter M. sogar einen richtigen Arbeitsvertrag, befristet, für 1.650 Euro brutto im Monat. Angestellt wird er von der Serco GmbH – einer Firma, die die Schulen für die Stadt Monheim im Rahmen eines Public Private Partnership-Vertrages saniert und bewirtschaftet.¹³ Doch dieses Arbeitsverhältnis läuft aus – und Dieter M. begnügt sich wieder mit der 120-Euro-Entschädigung. Er sei „unendlich dankbar“, sagt der Handwerker. Inzwischen ist M. ein lokaler Held. Die Regionalzeitung berichtet.¹⁴ Zu Ostern schenkt ihm die Stadtverwaltung einen Präsentkorb. Als er Geburtstag hat, wird er ausgezeichnet – die Schule überreicht ihm eine Urkunde. Nur einer findet die Geschichte überhaupt nicht gut: Udo Fischer, der Personalratsvorsitzende der Stadt Monheim. Er ist stinksauer, habe erst durch die Regionalzeitung erfahren, „was an der Schule abgeht“. Fischer fragt: „Soll es etwa ein Vorbild sein, dass ein

Arbeitsloser völlig umsonst arbeitet?“ – Auf Nachfrage erfahren wir: Der Bericht in der ver.di-Mitgliederzeitung schlug hohe Wellen. Dieter M. ist inzwischen nicht mehr an der Monheimer Schule beschäftigt.

Viele Ein-Euro-Jobber hingegen sind unzufrieden. Einen treffen wir an der Bruno-Taut-Grundschule. Er sei 37 Jahre alt und von Beruf Datenverarbeitungskaufmann und Systemadministrator. Seinen Namen will er nicht veröffentlicht sehen. Er sei zuständig für die Wartung der 60 PCs an der Grundschule. „Ich helfe, wo ich kann“, knurrt er. Aber: „Ich bin der Meinung, dass das ein fester Job sein müsste“.

Neues Berufsbild: Lehrerassistent

Ortswechsel. Dietmar J. Bronder ist Leiter der Hauptschule Duisburg-Laar. Auch er hat kein Problem damit, Ein-Euro-Kräfte an Schulen einzusetzen. Ganz im Gegenteil. Bronder propagiert einen neuen Beruf, den des Lehrerassistenten.¹⁵ „Ärzte haben Arzthelferinnen, Rechtsanwälte haben Anwaltsgehilfinnen.“ Nur im Lehrerberuf „waren bislang Gehilfen unbekannt“. So der Schulleiter, der gleichzeitig Vorsitzender des Bundesverbandes der Schulfördervereine (BSFV) ist.¹⁶ Er fordert, dass Hilfskräfte den Lehrerinnen und Lehrern Arbeit abnehmen – vom Kopieren von Arbeitsblättern, der Lehrmittelverwaltung bis hin zur Organisation von Klassen- und Studienfahrten. Außerdem könnten sie „Schülern beim Onlinelernen behilflich sein“ oder bei Nacharbeit „die Beaufsichtigung übernehmen“.¹⁷

Bronder frohlockt: „Mit Hartz IV besteht nun eine konkrete und bezahlbare Möglichkeit, Assistenzberufe in die Lehrerzimmer zu holen.“¹⁸ An seiner eigenen Schule habe er damit beste Erfahrungen gemacht. Die Stimmung im Kollegium habe sich deutlich gebessert. Seitdem es hier Lehrerassistenten gebe, erzählt Bronder, „haben wir viel weniger Fehlzeiten bei Lehrern“.

Bronders Hauptschule ist klein. Lediglich 150 Schüler besuchen die Schule. 15 Lehrerinnen und Lehrer unterrichten. Sie werden durch fünf Lehrerassistenten entlastet, allesamt Ein-Euro-Jobber. „Damit kommt auf je drei Lehrer eine Hilfskraft“, rechnet Dietmar F. Bronder vor. Mit der Qualifikation der Ein-Euro-Kräfte ist der Schulleiter hochzufrieden. Im Schuljahr 2004/2005, berichtet er, „hatten wir einen Doktor der Geologie, einen Diplom-Kaufmann, einen Systeminformatiker, einen Kaufmann und eine Bürofachkraft“. „Bei einem hohen Niveau der Arbeitslosigkeit“, schreibt Bronder in einem Aufsatz für das Schulleiter-Handbuch des Raabe-Verlags, seien in „zunehmendem Maße auch qualifizierte Arbeitnehmer und Akademiker“ betroffen. Diese seien „im Alter jenseits der 40 kaum noch vermittelbar“, erkannte der Duisburger Schulleiter. „Aber“, lobt Dietmar F. Bronder, „sie sind hoch qualifiziert und deshalb als Gehilfen im Schulbereich vielfältig einsetzbar“.

In Großbritannien kennt man ebenfalls den Beruf des Lehrerassistenten. Highly qualified assistance teacher heißen sie dort.¹⁹ Die Lehrer-gewerkschaft NASUWT (National Association of Schoolmasters – Union of Women Teachers) unterzeichnete ein Abkommen mit der britischen Regierung. Darin steht, welche Tätigkeiten die assistance teacher übernehmen können, um die Lehrer von Verwaltungsarbeit zu entlasten. Die Liste reicht von Geld einsammeln, Eltern von Schulschwänzern aufsuchen, Standardbriefe anfertigen bis hin zum Schülerdaten verwalten. „Teilweise nervtötende und zeitraubende“ Arbeiten, urteilen Hamburger GEWler, die im Februar 2006 nach England fuhren, um sich über das dortige Schulsystem zu informieren. Sie signalisieren durchaus Sympathie für die Idee, Lehrern derlei Tätigkeiten abzunehmen. Doch, so fragen sie, bestehe nicht die Gefahr, dass die Arbeitgeber diese Entlastung nutzen, um „die Unterrichtsverpflichtung der Lehrer zu erhöhen?“. Zumindest die NASUWT sehe „zurzeit“ diese Gefahr nicht. Dennoch: Es könnte der Einstieg in ein Bil-

lig-Lehrer-Konzept sein, befinden englische und Hamburger Gewerkschaftler.

„Unterrichtsgarantie Plus“ in Hessen: Studenten, Pensionäre und Übungsleiter unterrichten...

Und in Deutschland? Gut, es gibt die Ein-Euro-Kräfte im Unterricht, es gibt die Idee vom Lehrer-Gehilfen – aber deshalb stehen Billig-Lehrer doch nicht vor der Tür. Oder? In Hessen jedenfalls machen sich viele Lehrerinnen und Lehrer derzeit Sorgen. Zu Beginn des Schuljahres 2006/2007 drückte die hessische Kultusministerin Karin Wolff (CDU) das Konzept „Unterrichtsgarantie Plus“ durch.²⁰ Dessen Ziel ist zwar löblich: Verlässliche Unterrichtszeiten für alle Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 10, von der ersten bis zur sechsten Stunde. Fällt eine Lehrkraft kurzfristig aus, so springt eine Vertretungskraft ein. Doch Hessens GEW kritisiert: Auch Nicht-Pädagogen gehören nun zum Vertretungspool. Auch Eltern, Studenten, Pensionäre oder Übungsleiter von Sportvereinen werden auf Hessens Schüler losgelassen – gegen Stundenlohn.²¹ Wer ein abgeschlossenes Studium vorweisen kann, erhält 20 Euro pro Unterrichtsstunde. Alle anderen müssen sich mit 15 Euro pro Stunde begnügen. Hinzu kommen die Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers. „Die Arbeitssituation der Vertretungskräfte ist prekär“, kritisieren die Schulpersonalräte der Stadt Frankfurt.²² „Sie müssen abrufbereit und flexibel einsetzbar sein.“ Die Bezahlung beziehe die Bereitschaftszeit nicht mit ein. Die Aushilfskräfte hätten folglich keine finanzielle Sicherheit. GEW-Aktive kritisieren zudem, dass vielen Vertretungsleuten die pädagogische Qualifikation fehle. Die „ständige Fluktuation dieser Hilfskräfte“ bringe „Unruhe in die Schulen“. Kontinuierlicher Unterricht könne so nicht garantiert werden. Eltern und Schulleiter berichten inzwischen von Aushilfskräften, die im Klassenraum völlig überfordert sind.²³ Die GEW Hessen hat gemeinsam mit Landesschülervertretung und dem Elternbund Hessen eine eigene Umfrage unter dem Motto „Die Spitze des Eisberges“ gestartet. Bis

zum Februar 2007 werden die längerfristigen Erfahrungen mit dem Projekt „Unterrichtsgarantie Plus“ an den Schulen gesammelt und danach die Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt.²⁴

Zeitarbeitsfirmen stehen bereit

Kultusministerin Karin Wolff hingegen spricht – 100 Tage nach dem Start des Projektes – von Erfolg.²⁵ Der Stundenausfall läge nun „im Promillebereich“. Hessens Schulen hätten „über 12.000 Vertretungskräfte“ in ihre Pools aufgenommen – „ganz überwiegend“, so die Ministerin, seien dies „qualifizierte Personen mit pädagogischem Hintergrund“. Die GEW Hessen warnt derweil: Die private Wirtschaft stehe bereit, um sich an Hessens Schulen neue Märkte zu erschließen – mit der Vermittlung von Aushilfskräften. „Unternehmensberatungen und Zeitarbeitsfirmen haben schon ihr Interesse an diesem Geschäft bekundet.“²⁶

Quellen

- 1 Burkhard Fuchs, Sie unterrichtet für einen Euro die Stunde, Hamburger Abendblatt, 18.1.2006
- 2 vgl. Prof. Günther Stahlmann, Ein-Euro-Jobs aus rechtlicher Sicht, Vortragsmanuskript
- 3 vgl. Lukas Heiny und Kolja Rudzio, „Kehren für die Statistik“, Die Zeit, 25.11.2004
- 4 E-Mail an den GEW-Hauptvorstand mit Datum vom 19.5.2006
- 5 „350 Ein-Euro-Jobs an Schulen“, Tagesspiegel vom 3.3.2005
- 6 Die Beispiele wurden entnommen dem Beschluss des Berliner Verwaltungsgerichts in der Sache Personalrat der Lehrerinnen und Erzieherinnen, Außenstelle Marzahn-Hellersdorf gegen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport vom 12.09.2006, Aktenzeichen VG 62 A 22.06
- 7 zum Folgenden siehe: Handreichung für Personalräte, herausgegeben von der GEW Berlin, März 2006, als Download zu finden unter: www.gew-berlin.de/5797.htm
- 8 Beschluss des Berliner Verwaltungsgerichts in der Sache Personalrat der Dienstkräfte in zentralverwalteten und berufsbildenden Schulen gegen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport vom 7.9.2005, Aktenzeichen VG 60 A 12.05
- 9 Hessischer VGH, Beschluss vom 22.6.2006, Aktenzeichen 22 TL 2779/ 05
- 10 OVG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 17.5.2006, Aktenzeichen 5 A 11752/ 05.OVG
- 11 Beschluss des Berliner Verwaltungsgerichts in der Sache Personalrat der Lehrerinnen und Erzieherinnen, Außenstelle Marzahn-Hellersdorf gegen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport vom 12.9.2006, Aktenzeichen VG 62 A 22.06
- 12 Inken Petersen, Umsonst und draußen, in: ver.di publik, September 2006
- 13 siehe Artikel über PPP in diesem Report
- 14 Lisa Henke, Preisträger und fleißiger Helfer, in: Neue Ruhr Zeitung/Neue Rhein Zeitung, Lokalausgabe Düsseldorf, 30.6.2006
- 15 Dietmar J. Bronder, Lehrern assistieren – Schulqualität steigern, abgedruckt im April 2006 in der Loseblatt-Sammlung „Schulleitung und Schulentwicklung“, Raabe-Verlag Berlin

-
- 16 siehe Privatisierungsreport Nr.1, Kapitel über Schulfördervereine
 - 17 Dietmar J. Bronder, Lehrern assistieren – Schulqualität steigern, abgedruckt im April 2006 in der Loseblatt-Sammlung „Schulleitung und Schulentwicklung“, Raabe-Verlag Berlin
 - 18 ebenda
 - 19 vgl. hlz, Zeitschrift der GEW Hamburg, Mai 2006, S. 31f.
 - 20 www.kultusministerium.hessen.de
 - 21 www.hr-online.de/website/radio/hr3/index.jsp?rubrik=14196&key=standard_document_24275926
 - 22 Presseerklärung der Personalräteversammlung in Frankfurt am 20.9.2006
 - 23 www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=21190&key=standard_document_27185482
 - 24 www.gew-hessen.de/uploads/mit_download/Spitze_des_Eisberges_Flyer.pdf
 - 25 www.kultusministerium.hessen.de
 - 26 GEW Hessen, Informationen für Personalräte zu „Unterrichtsgarantie Plus“ – Stand Juli 2006



Schülerfirmen fördern

„Unternehmer werden gemacht, nicht geboren“

Schülerfirmen backen Brot, produzieren Metallwaren oder verkaufen Internet-Dienstleistungen. Das sei erzieherisch sinnvoll, sagen die Befürworter. Denn Teamgeist und Eigeninitiative würden gefördert. Zwar ist das nicht falsch. Doch Schulforscher beanstanden: Bei vielen Schülerfirmen stünde nicht Pädagogik, sondern gewinnbringendes Handeln im Vordergrund. Das Unternehmertum werde idealisiert.

Da stehen sie, Arm in Arm, lachend. Sie tragen dunklen Anzug und Krawatte, einer hält die Deutschlandfahne. Moritz Schulze, 18-jähriger Schüler des Braunschweiger Wilhelm-Gymnasiums, und seine vier Mitstreiter erfuhren soeben, dass ihr Unternehmen „Know it“ zu Europas Schülerfirma Nummer 1 gekürt wurde. „Wir haben unser Bestes gegeben“, sagt stolz Moritz Schulze, Vorstandsvorsitzender der Schülerfirma.¹ So geschehen in Interlaken in der Schweiz, im August 2006.

„Know it“ produziert den „youthguide“, einen 64 Seiten starken Freizeitführer für Jugendliche.² Moritz Schulze und seine Mit-Unternehmer ließen 5.000 Exemplare drucken und verteilten sie gratis in Braunschweig.³ Finanziert wurde die Broschüre durch Werbeanzeigen, geschaltet von Kneipen, Fahrschulen, Fitness-Studios, Tanzschulen und Diskotheken. Auch die Volkswagen Bank inserierte – und Fetisch-Charlie („Lack, Leder, Latex – Erotisches zum Anziehen“). Umsatz des youthguide: Immerhin 12.600 Euro, erwirtschaftet in neun Monaten. Die Firma hat prominente Fürsprecher: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) zeichneten jeweils eine Aktie von „Know it“. Auch die Preisrichter, die in Interlaken 26 europäische Schülerfirmen unter die Lupe nahmen, zeigten sich beeindruckt. Sie lobten die „hervorragende

Teamarbeit“ und die „Professionalität“ der Braunschweiger.⁴ Die siegreichen Schüler schließen nicht aus, später eine richtige Firma zu gründen. „Wir haben unter echten Bedingungen gelernt, wie es in der Wirtschaft abläuft“, erklärt Moritz Schulze.⁵ „Know it“ wurde unterstützt von JUNIOR („Junge Unternehmen initiieren, organisieren, realisieren“).⁶ Ein Projekt des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln.

Schülerfirmen sind vielerorts nicht mehr wegzudenken. Sie betreiben den Schulkiosk oder die schuleigene Cafeteria. Sie vermarkten selbstgefertigte Steh- und Tischlampen. Sie produzieren Wasserprüfgeräte für Blumentöpfe oder entwickeln und vertreiben Detektivspiele. Andere organisieren Klassenfahrten, stellen Schulfeste auf die Beine oder bieten Beratung rund um PC und Internet. Ihre Namen lauten Lights 4 You, El Puente, SeSam oder Büffel Company.

Die Schülerbetriebe, organisiert unter der Obhut der Schule, verfolgen pädagogische Ziele. Das versichern zahlreiche Ratgeber und Leitfäden.

Die Nachwuchsfirmen sorgen etwa dafür, dass ...

- ... Verantwortung, Teamarbeit und Eigeninitiative gefördert werden.
- ... Schülerinnen und Schüler frühzeitig ihre beruflichen Wünsche und Fähigkeiten praktisch umsetzen und ausprobieren können.
- ... „viele eine bessere Zukunftsperspektive bekommen können“.⁷

Instrument gegen die Massenarbeitslosigkeit?

Doch auch im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit seien Schülerfirmen ein taugliches Instrument. „Niedersachsen braucht mehr Unternehmenspersönlichkeiten“, findet etwa Walter Hirche (FDP), der niedersächsische Wirtschaftsminister. Durch Schülerfirmen, formuliert Hirche etwas holperig, „werden Impulse für einen späteren Entschluss zum eigenen Unternehmen gegeben“.⁸ Ähnlich klingende Stimmen kommen aus Mecklenburg-Vorpommern, das von besonders hoher Arbeitslosenquote gebeutelt ist. „Schülerfirmen sind das beste Förderprogramm für zukünftige Existenzgründungen“. So steht es im Leitfaden für Lehrer, den das Arbeitsministerium und das Bildungsministerium des Landes herausgibt – im Rahmen der Existenzgründer-Kampagne „Einfach anfangen“.⁹

Das Arbeitsministerium des ostdeutschen Bundeslandes bietet auch eine Website speziell für Schülerfirmen.¹⁰ Hier wirbt die Sparkasse („Das einfach anfangen Schülerkonto“). Hier liest man vom „Wahlpflichtfach Existenzgründung“.¹¹

Wie der Unterricht auszusehen hat, damit in der Schülerfirma alles rund läuft, das weiß die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK)¹²: In Mathematik wird Gewinn- und Verlustrechnung durchgenommen, außerdem Kreditvergleiche und Zinsrechnung. Im Fach Arbeit-Wirtschaft-Technik stehen Unternehmensformen und Markterkundungen auf dem Stundenplan. In Deutsch geht es um Geschäftsbriefe, Werbetexte und Telefonate. Der Kunstunterricht widmet sich den Themen Werbung und Plakatgestaltung. Und in Sozialkunde diskutieren Schüler und Lehrer über Konsumverhalten und Leitbild Arbeit.

Welche Bedingungen Schülerfirmen zu erfüllen haben

Doch ehe die Nachwuchsmanager loslegen können, sind eine Reihe von Voraussetzungen zu erfüllen:¹³

- Eine Lehrkraft oder ein Sozialpädagoge muss gefunden werden, der den Schülerinnen und Schülern das notwendige Know-How beibringt und die Aufsicht übernimmt.
- Eltern sind anzusprechen, ob sie auch einverstanden sind („da mit Geld gehandelt wird“).
- Die Schule muss die Vollmacht für Verträge übernehmen. Die Schule haftet also.

Was die Mädchen und Jungen in ihrer Firma treiben, soll überwiegend in Schulräumen stattfinden. Wochenenden und Ferienzeit bleiben arbeitsfrei. Auch ist darauf zu achten, dass die Schülerfirma nicht zu viele Euros abwirft. Sämtliche Schulprojekte zusammen, so der Leitfaden aus Mecklenburg-Vorpommern, dürfen pro Jahr nicht mehr als 30.675 Euro Umsatz erzielen, der Gewinn darf 3.835 Euro nicht übersteigen. Andernfalls übt die Schülerfirma ein Gewerbe aus und Steuern werden fällig.

Realschul-AG oder Gymnasium-GmbH dürfen ferner realen Betrieben keine Konkurrenz machen. Das rät die Broschüre „Firmensitz: 9b. In zehn Schritten zum Schülerunternehmen“, verfasst von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung.¹⁴ „Klug ist es, wenn ihr ... eure Produkte und Dienstleistungen nur in der Schule anbietet“, schreiben die Autoren. Alternative: Mit den Firmen, die Ähnliches anbieten, Kontakt aufnehmen. Auf diese Weise würden Befürchtungen aus dem Weg geräumt, so die Broschüre. „Vielleicht lassen sich die Unternehmen auch als Berater und Mentoren ... gewinnen.“

Derlei Ratschläge scheinen auch nötig, betrachtet man die Geschäftsfelder vieler Nachwuchsfirmen:¹⁵ Da betätigen sich Schüler als Billig-

Gärtner („Beete umgraben – 20-50qm – fünf Euro“). Andere bieten Druckerzeugnisse („Visitenkarten besonders günstig“) oder produzieren Mode („Schick nach Maß“) samt Änderungsschneiderei. Eine Schülerfirma in Pasewalk verkauft Fanartikel des FC Hansa Rostock.

Königs Wusterhausen, eine Kleinstadt südlich von Berlin. An der Oberschule Dr. Hans Bredow arbeitet die Schülerfirma Metalliker. Rund 15 Schüler bilden die Stammebelegschaft. Sie fertigen Metallwaren: Werkzeugkisten aus Blech, feuerverzinkte Gartentürchen oder handgefertigte Grillauflagen – letztere kosten 59 Euro pro Stück. Aufträge erhalte die Firma von „Eltern, Kollegen, Schulträgern und Privatpersonen“, erklärt Schulleiter Norbert Lubos. Wer hier mitmacht, lernt Grundlagen der Metallverarbeitung. Auch Buchführung, Werbung oder Pressearbeit stehen auf dem Programm. Gearbeitet wird zwei Stunden die Woche, jeweils nach dem Unterricht. Die Schüler, so die Satzung der als Aktiengesellschaft organisierten Firma, erwerben „Schlüsselqualifikationen“, um den Übergang von der Schule in den Beruf erfolgreich zu bewältigen.

Schülerfirmen motivieren schwache Schüler

Etwa die Hälfte der Belegschaft habe „Disziplinarprobleme und Schwächen bei schulischen Leistungen“, erklärt Schulleiter Lubos. Bei Metalliker mitzumachen, soll diese Schüler motivieren. Norbert Lubos: „Sie erreichen in dieser Firma die notwendigen Erfolgserlebnisse“. Das hört man von vielen Pädagogen: Mädchen und Jungen, die Null Bock auf regulären Unterricht haben, arbeiten gerne in der Schülerfirma mit. Dort entwickeln sie neues Selbstbewusstsein – und sind dann für herkömmliche Lernangebote wieder erreichbar.

Lob für Schüler-Betriebe kommt deshalb auch von Manfred Liebel, Schulforscher und Professor für Soziologie an der Technischen Universität Berlin.¹⁶ Die Übernahme von sozialen und produktiven Auf-

gaben, so Liebel, fördere „die Selbständigkeit und auch das Lerninteresse“ der Kinder. Er erinnert an die rund 25 so genannten Arbeits- und Produktionsschulen in Deutschland.¹⁷ Diese Schulen werden von Kindern und Jugendlichen besucht, die als „lernresistent“ oder „nicht schulgeeignet“ gelten, betont Manfred Liebel. Dem „Arbeitsprozess“ und der „gesellschaftlichen Bedeutung der erzeugten Produkte“ werde dort besondere Beachtung zugemessen.

„Distanzlos gegenüber der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“

Allerdings hat der Schulforscher auch einiges auszusetzen. Bei vielen Projekten herkömmlicher Schülerfirmen stünden „betriebswirtschaftliche Aspekte und gewinnbringendes Handeln“ im Zentrum. Liebel beanstandet etwa das Kölner JUNIOR-Projekt, das laut einem Magazinbericht bereits „Neuntklässler zu Mini-Schreppps“ erziehe.¹⁸ Kein gutes Haar findet er auch beim „Brot-Projekt“ der Friedrich-Stoltze-Schule, einer Hauptschule in Frankfurt/Main. In der Vorweihnachtszeit produzierten die Schüler dort Fruchtebrot und verkauften es in der Stadt. Liebel zitiert aus dem Projektbericht:¹⁹ „Die Schüler mussten in regelmäßigem Kontakt mit Erwachsenen treten und sich sprachlich auf sie einstellen – man wollte ja seine Ware an den Mann bringen.“ Als Belohnung erhielten sie, „was die gesamte Gesellschaft in Bewegung hält: Geld“. Manfred Liebel schimpft auf die Sprache des Berichts: „Gegenüber den Funktionsmechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vollkommen distanzlos und unkritisch“.

Auch Marianne Demmer, stellvertretende GEW-Vorsitzende, urteilt zunächst: Das Lernen in Schülerfirmen mache Spaß, sei projektorientiert und hätte „deutlichen Praxisbezug“.²⁰ Allerdings knüpft Demmer ihr Ja für Schülerfirmen an eine Reihe von Bedingungen. So sollte nicht die „Wirtschaftslogik“ im Vordergrund stehen, sondern eine „pädagogische Logik“. Schüler müssten lernen, wie sich die Wirtschaftswelt verbessern und humanisieren lasse. Demokratische Struk-

turen in den Schülerfirmen seien vonnöten. Demmer missfällt, dass die berufliche Selbständigkeit „als wirksame Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit“ dargestellt werde. Es gelte zu vermitteln, wie „labil und risikoreich“ diese Art wirtschaftlicher Tätigkeit sei. Sie plädiert dafür, „Schülerfirmen grundsätzlich als Non-Profit-Unternehmen zu betreiben.“ Erforderlich sei zudem, einen „modernen, erweiterten Arbeitsbegriff“ zu vermitteln. Neben Erwerbstätigkeit gehöre dazu „Familien-, Pflege- und Eigenarbeit“.

Nicole Göler von Ravensburg ist Professorin für Wirtschaftswissenschaften an der Fachhochschule Frankfurt/Main. Sie erforscht Schülerfirmen und schlägt vor, diese Betriebe als Genossenschaften zu organisieren.²¹ „Wir glauben, dass dabei soziale Kompetenzen und Gemeinschaftssinn besser ausgeprägt werden als in Schüler-GmbHs.“²² Doch bisher gebe es erst eine Handvoll derartiger Genossenschaften. „Die Konzepte von GmbH oder Aktiengesellschaft sind zu dominant“, sagt die Wissenschaftlerin. Dort jedoch „geht es mir zu sehr um den Gewinn“.

Unterstützer aus dem Arbeitgeberlager

Bundesweit größter Förderer der Schülerfirmen-Idee ist das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW).²³ Das IW realisiert seit 1994 das JNUIOR-Projekt. Nach eigenen Angaben wurden seither über 1.800 Schülerunternehmen („Juniorfirmen“) gefördert, in denen etwa 24.000 Schülerinnen und Schüler arbeiteten. JUNIOR berät, veranstaltet „Business-Camps“ und richtet den Bundeswettbewerb aus (einschließlich „Eröffnungsabend mit Programm“ und „Unternehmerball“).²⁴ Der Personalbestand kann sich sehen lassen: Die Kölner beschäftigen derzeit sechs Vollzeitmitarbeiter, eine Teilzeitkraft und zehn Studenten. Wie hoch der Jahresetat ist, darüber will JUNIOR keine Auskunft geben. Zu den Sponsoren zählen die

Gothaer Versicherung, das Handelsblatt, die kfw Mittelstandsbank und das Bundeswirtschaftsministerium.

Das Kölner IW betreibt zudem seit 1998 das Projekt „GO! to school“, gefördert unter anderem vom Wirtschafts- und vom Schulministerium des Landes Nordrhein-Westfalen.²⁵ Auch hier geht es um den Schülerfirmengedanken. Das IW und seine Partner zielen bereits auf Sechsbis Zehnjährige. So gibt es für Grundschüler den Unterrichtsmaterialien-Koffer „Unternimm was mit Paula“. Die Materialien „vermitteln auf kindgerechte Weise erste Wirtschaftskenntnisse und unternehmerisches Denken“, schreibt das IW in seinem Newsletter.²⁶

Weiterer Big Player in Sachen Schülerfirma ist die Heinz-Nixdorf-Stiftung mit Sitz in Essen.²⁷ Sie gibt der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) in Berlin Geld, damit diese Nachwuchs-Unternehmen fördert. Die DKJS vermittelt Fortbildungsangebote für Schüler und Lehrer und organisiert Erfahrungsaustausch. Auf Antrag stellte sie bislang sogar Startkapital – mal 450 Euro, mal bis zu 3.000 Euro pro Firma, berichtet DKJS-Mitarbeiter Dirk Waldhoff. Allerdings werde derzeit geprüft, ob diese Anschubfinanzierung mittelfristig weiterlaufen könne, schränkt Waldhoff ein. Zudem fördert die DKJS ausschließlich Nachwuchsmanager an ostdeutschen Schulen. Bislang wurden rund 200 Firmen unterstützt.²⁸

Damit nichts schief geht, sicherte sich die Berliner Stiftung prominente Unterstützung. Stefan König, Serienstar der RTL-Soap „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“, tingelt als „DKJS-Botschafter“ durch die Lande. Der Jung-Schauspieler, meldet die Berliner Stiftungszentrale, sei von der Schülerfirmenidee sofort angetan gewesen. Schließlich habe Stefan König selbst einmal in einer solchen Firma gejobbt – er organisierte dort einen Bäckerlieferservice.²⁹

Nachwuchs-Manager an Schulen fördern – das will auch der deutsche Ableger der amerikanischen Unternehmensberatung Boston Consulting (BC). Jährlich veranstaltet BC den Wettbewerb *business@school*.³⁰ Für das Finale 2006 qualifizierte sich das Team vom Gymnasium der Stadt Frechen nahe Köln. Konstantin Storms (17) und drei Mitschüler nahmen mit ihrer „*stay-dry Technology*“ teil. Gemeint ist ein Flaschenverschluss, der beim Öffnen das Überlaufen des Inhalts verhindert. „*stay-dry ... wird den Getränkemarkt revolutionieren*“, glaubt BC.³¹ Eine Schülerfirma aus Hessen bewarb sich bei *business@school* mit einem Ortungssystem für entlaufene Haustiere. Kölner Gymnasiasten präsentierten ein Unternehmen, das Pferdemist in „*nährhaften Wurmhumus für den Garten verwandeln soll*“.³²

Wer sich neben Mathe lernen und Französisch büffeln um eine Firma kümmert, der wird mit manchem Highlight belohnt. Es lockt die Teilnahme an Messen. Wettbewerbe wollen gewonnen, Preise eingeheimst werden. Das Angebot ist reichhaltig:

- Die 7. Thüringer Schülerfirmenmesse ging am 28.3.2006 in Nordhausen über die Bühne.³³ 20 Schülerfirmen aller Schulformen durften ihre Arbeitsergebnisse präsentieren.
- Der Westdeutsche Rundfunk (WDR) Köln veranstaltete den Wettbewerb „*Wir sind Manager*“.³⁴ „*Zeigt was ihr könnt. Veranstaltet ein Konzert*“, hieß es im Frühjahr 2006 auf dem Werbeplakat der Aktion. Vier Schülerteams, die ein möglichst eindrucksvolles Konzept vorlegen sollten, erhielten die Aufgabe, jeweils ein Konzert der WDR-Bigband auszurichten.

-
- Die Fernsehsendung „Welt der Wunder“ (RTL II) schrieb den Innovationspreis 2005 aus.³⁵ Gewinner war die Schülerfirma Energie Team SAG aus Königs Wusterhausen bei Berlin. Das Siegerteam durfte sich über einen Fernsehauftritt am 19.2.2006 freuen.

Reisen ins Ausland als Anreiz

Mitunter winken sogar hochsubventionierte Reisen ins Ausland. Lukas Gable, 16-jähriger Schüler aus Hamburg, und eine Handvoll Mitschüler betreiben eine Schülerfirma, die Taschen aus Frotteehandtüchern produziert.³⁶ Im März 2006 flogen die jungen Hamburger für vier Tage nach Zagreb in Kroatien. Dort stellten sie ihre Firma auf der Messe International Trade Fair vor. „Eine klasse Erfahrung für uns alle“, berichtet Lukas Gable. „Man konnte sich toll mit anderen Jungunternehmern austauschen.“

Internationale Netzwerke fördern Nachwuchsmanager

Die Strippenzieher der Schülerfirmaidee sind international bestens vernetzt. So gehört das Kölner JUNIOR-Projekt zu einer weltweiten Kampagne, die sich Junior Achievement Young Enterprise nennt, abgekürzt JA-YE.³⁷ Die Liste der Sponsoren von JA-YE Europa enthält klangvolle Namen.³⁸ Der US-Computerhersteller Hewlett-Packard ist dabei und der Elektronik-Gigant General Electric. Ebenso der Thermostathersteller Danfoss, die italienische Bata-Gruppe, American Express und die Stiftung der amerikanischen Citigroup.

Laut JA-YE ist der Erfolg überwältigend. „Über sieben Millionen Schüler in 97 Ländern“ seien in JA-YE-Schülerfirmen engagiert, heißt es im Jahresbericht 2005.³⁹ Die Unternehmensprogramme wurden für alle Altersgruppen geschaffen, von sechs bis 22 Jahren, ist dort zu lesen. Sechs Jahre alt und schon Nachwuchs-Manager? Warum nicht, finden die JA-YE-Macher. Auf dem Titelblatt des Jahresberichts 2005 ist ein Knirps abgebildet, businesslike, mit Anzug, weißem Hemd und

Schlips.⁴⁰ Darüber steht ein simpler Satz: „Entrepreneurs are made, not born.“ – „Unternehmer werden gemacht, nicht geboren“.

Quellen

- 1 Presseinformation von Junior vom 6.8.2006, siehe: www.juniorprojekt.de
- 2 www.knowit-guide.de
- 3 Presseinformation von Junior vom 6.8.2006, siehe: www.juniorprojekt.de
- 4 ebenda
- 5 ebenda
- 6 ebenda
- 7 „Lehrerpräsentation“ zu Schülerfirmen in Mecklenburg-Vorpommern, zum Herunterladen auf <http://schueler.einfachanfagen.de/info/lehrer/index.html> sowie 32 Seiten Starthilfe für eure Schülerfirma“, zum Herunterladen auf <http://schueler.einfachanfagen.de/downloads/index.html>
- 8 zitiert nach einer Pressemitteilung des Junior-Projektes vom 6.8.2006
- 9 „Lehrerpräsentation“ zu Schülerfirmen in Mecklenburg-Vorpommern, zum Herunterladen auf <http://schueler.einfachanfagen.de/info/lehrer/index.html>
- 10 <http://schueler.einfachanfagen.de/>
- 11 <http://schueler.einfachanfagen.de/info/agenturen/bis/index.html>
- 12 www2.uni-siegen.de/~pro-rel/seiten/arbeitskreis/schuelerfirmen.pdf, Seite 5 „Anwendungen im Unterricht“
- 13 „Lehrerpräsentation“ zu Schülerfirmen in Mecklenburg-Vorpommern, zum Herunterladen auf <http://schueler.einfachanfagen.de/info/lehrer/index.html>
- 14 Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, Firmensitz: 9b: In Zehn Schritten zum Schülerunternehmen, Berlin 2005
- 15 <http://schueler.einfachanfagen.de/markt/anzeigen/index.html>
- 16 Manfred Liebel, Profit im Klassenzimmer? Zum heimlichen Lehrplan wirtschaftlichen Handelns von Kindern in der Schule, in: Die Deutsche Schule, 98, 2006
- 17 vgl. http://www.good-practice.de/infoangebote_beitrag802.php
- 18 Manfred Liebel, Profit im Klassenzimmer? Zum heimlichen Lehrplan wirtschaftlichen Handelns von Kindern in der Schule, in: Die Deutsche Schule, 98, 2006
- 19 http://www.friedrich-stoltze-schule.de/brot_projekt_schub_klasse.htm

-
- 20 Marianne Demmer, Schülerfirmen – kein Übungsfeld für Ellbogenmentalität, Beitrag für die Zeitschrift 21“, Ökom-Verlag, 21.8.2001
 - 21 zitiert nach: „Im Team besser“, Interview mit Nicole Göler von Ravensburg, taz vom 13.7.2005
 - 22 www.genoatschool.de
 - 23 www.iwkoeln.de
 - 24 <http://www.iw-junior.de/>
 - 25 www.gotoschool.de
 - 26 iwd vom 8.6.2006, Seite 6
 - 27 www.heinz-nixdorf-stiftung.de/
 - 28 vgl. www.dkjs.de und www.schueler-unternehmen-was.de
 - 29 www.schueler-unternehmen-was.de/ Aktuelle Termine/ Meldung vom 6.Juni 2006
 - 30 www.business-at-school.de
 - 31 www.business-at-school.de/dyn/32525.php
 - 32 www.business-at-school.de/dyn/14415.php
 - 33 www.schueler-unternehmen-was.de/ Aktuelle Termine/ Meldung vom 28.Juni 2006
 - 34 www.wir-sind-manager.wdr.de
 - 35 www.schueler-unternehmen-was.de/ Aktuelle Termine/ Meldung vom 19.Februar 2006
 - 36 Reisebericht zu finden unter: www.juniorprojekt.de, Stichwort Junior-Unternehmen, dann „Erfahrungsberichte“ anklicken, ferner: <http://www.pz-news.de/pip/druckversion.dhtml?publikation=4&template=phpdruckversion&redaktion=1&artikel=108087018>
 - 37 www.ja-ye.org
 - 38 siehe Jahresbericht Europa 2005, Seite 9: <http://www.ja-ye.org/Main/Default.aspx?Template=TPProjects.ascx&phContent=ProjectShow.ascx&CatID=32&ArtID=385&LngID=0>
 - 39 ebenda, Seite 28
 - 40 <http://www.ja-ye.org/Main/Default.aspx?Template=TPProjects.ascx&phContent=ProjectShow.ascx&CatID=32&ArtID=385&LngID=0>



„... in krassem Widerspruch zum Gemeinwohl ...“

In vielen Kommunen herrscht nackte Finanznot, mitverursacht durch die Steuerpolitik der früheren rot-grünen Bundesregierung. Dies zwingt viele Gemeinden, Verträge mit privaten Unternehmen abzuschließen, damit diese Sanierung, Bau und Betrieb von Schulgebäuden finanzieren und managen. Ein lukratives Geschäft für die Unternehmen – oftmals zum Schaden der Allgemeinheit, sagen Kritiker.

Das Foto zeigt einen Soldaten in Tarnanzug, der ein Geschütz bedient.¹ Auf weiteren Aufnahmen pflügt ein Kriegsschiff durch das Meer, ein Militär-Hubschrauber setzt zur Landung an.² Abgedruckt sind die Bilder in einer Broschüre des britischen Dienstleistungskonzerns Serco Group (weltweit über 40.000 Mitarbeiter). Die Serco-Gruppe wirbt gerne damit, dass sie bestens mit den staatlichen Stellen von Heer, Marine und Luftwaffe zusammenarbeitet. Und das in vielen Ländern, darunter Australien, Kanada und Italien. Als Rüstungsdienstleister managt der Konzern militärische Trainingszentren und verwaltet Schiffe der Küstenwache.³ Serco gehört ferner zur Firmen-Gruppe, die sich um Produktion und Wartung der britischen Atombomben kümmert.⁴ Auch in den Bereichen Raumfahrt, Gesundheit, Verkehr oder Justiz tummelt sich der Konzern – zum Wohle der Aktionäre, die ordentlich Dividenden einstreichen.

Zu Wasser, zu Lande, in der Luft - und an Monheims Schulen ...

Wer so viel Kompetenz hat, ist offenbar wie geschaffen, um auch Deutschlands marode Schulhäuser auf Vordermann zu bringen. Seit Januar 2004 darf sich Serco Partner der rheinischen Stadt Monheim nennen – im Rahmen eines der bundesweit ersten Public Private Partnership-Modelle (PPP) im Schulsektor.⁵ Serco ist nun zuständig für Bauunterhaltung und Betrieb aller Gebäude der zwölf städtischen

Schulen, inklusive der Sporthallen. Vor allem die Grundsanierung der zum Teil mit giftigem PCB belasteten Räume steht auf dem Programm. Monheims Bürgermeister Thomas Dünchheim (CDU) erhofft sich bei Vertragsabschluss „eine schlagartige Verbesserung des Bildungsstandortes“.⁶

Das Monheimer PPP-Modell funktioniert so: Vertragspartner der Stadt ist die Hermann Kirchner Projektgesellschaft aus dem osthessischen Bad Hersfeld.⁷ Kirchner wiederum beauftragt Serco, die Gebäude zu unterhalten und zu bewirtschaften, einschließlich Energie-Versorgung und Reinigung. Der PPP-Vertrag läuft über 25 Jahre. Darin verpflichtet sich Kirchner, rund 21 Millionen Euro in die Schulgebäude zu stecken – und das innerhalb von nur zwei Jahren. Im Gegenzug zahlt die Stadt ein jährliches „Nutzungsentgelt“ von drei Millionen Euro. 25 Jahre lang jeweils drei Millionen – das ergibt stattliche 75

„Die Unternehmen haben im vergangenen Jahr Gewinne von rund 65 Milliarden Euro ins Ausland verlagert. Dem deutschen Fiskus sind dadurch Steuereinnahmen in Milliardenhöhe entgangen. Das ergibt eine interne Berechnung des Bundesfinanzministeriums.“

(“Unternehmen entziehen sich dem deutschen Fiskus”, in: FAZ.Net, 14.8.2006)

Millionen Euro, die von der Stadt und damit vom Steuerzahler aufzubringen sind. Dennoch rechnet man im Monheimer Rathaus vor: Der PPP-Vertrag bringe der Stadt im Verlauf der 25 Jahre einen Vorteil von 12,5 Millionen Euro oder 15,2 Prozent der Gesamtkosten – verglichen mit den Kosten, die Monheim aufbringen müsste, würde sie die Arbeiten in Eigenregie erledigen. „Aus eigener finanzieller Kraft“,

heißt es im Rathaus der Stadt, hätte man diese Aufgaben „nicht bewältigen“ können.⁸ Denn auch Monheim ist so gut wie pleite.

Und tatsächlich: Seit Mai 2004 passiert etwas an Monheims Schulen.⁹ An der Hermann-Gmeiner-Schule wurden die PCB-verseuchten Räume saniert. Kosten: 1,5 Millionen Euro. An der Comenius-Schule entsteht unter anderem ein Anbau mit naturwissenschaftlichem Lehrraum – für 300.000 Euro. Die Peter-Ustinov-Gesamtschule weihte ihr neues Oberstufengebäude ein. Baukosten: rund drei Millionen Euro. Auch an anderen Schulen läuft es rund, meldet das Monheimer Rathaus. „Das Monheimer Modell findet in der Fachwelt und in den Medien große Beachtung“, erklären stolz die Verantwortlichen der Stadt.¹⁰ Frohlocken auch bei Serco Deutschland: Das Modell habe eine „Trendwende für den Neubau und die Sanierung von Schulen“ ausgelöst.¹¹

In der Tat: Von Kiel bis Freiburg, von Halle an der Saale bis Witten – PPP-Schulprojekte sprießen aus dem Boden wie Pilze nach dem Regen. Seit 2004 sei in Sachen PPP „ein wirklicher Boom zu verzeichnen“.¹² Das meldet eine Studie für das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen im September 2005. Derzeit gebe es laut Hochrechnungen rund 300 PPP-Projekte – allein im Bereich Infrastruktur (z. B. Verwaltungsgebäude, Stadien, Schulen, Bibliotheken, Straßen, Brücken, Tunnel, EDV-Ausstattung).¹³ Die Investitionskosten nur der kommunalen PPP-Vorhaben beliefen sich zusammen auf etwa drei Milliarden Euro. Kommunen, so die Studie, realisierten in erster Linie Schulprojekte. Bund und Länder kümmerten sich vor allem um Straßen oder Tunnel. „Konkret werden im Durchschnitt Effizienzgewinne von zehn Prozent erreicht“, schreiben die Autoren der Studie. Doch wie misst man dies? Darüber herrschte offenbar lange babylonisches Durcheinander. Erst im September 2006 einigten sich die 16 Bundesländer auf einen Leitfaden mit Empfehlungen „zur Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen“.¹⁴

Baukonzern Hochtief „im PPP-Rausch“

Auch der Essener Baukonzern Hochtief AG (weltweit 41.000 Mitarbeiter) will sich mit PPP neue Märkte erschließen. Im Bereich Infrastruktur sei man international bereits in 23 PPP-Projekten engagiert, meldet das Unternehmen.¹⁵ Dazu zählen zwölf Mautstraßen und eine Eisenbahnlinie. Das Gesamtinvestitionsvolumen betrage knapp neun Milliarden Euro. Im Bereich Schulen betreibt der Bauriese derzeit 80 Projekte – in Großbritannien, Irland und Deutschland.¹⁶ Eines davon ist das Berufsschulzentrum der Stadt Leverkusen. 26 Millionen Euro investiert der Essener Konzern in Sanierung und Modernisierung der drei Gebäudekomplexe. In Köln zeichnet Hochtief für Räume und technische Einrichtungen von sieben Schulen verantwortlich. Im Kreis Offenbach finanziert, saniert und betreibt der Konzern sogar 284 Gebäude von 50 Schulen – „das bisher größte PPP-Projekt im öffentlichen Hochbau in Deutschland“.¹⁷ „Hochtief im PPP-Rausch“, titelte die Börsenredaktion des ARD-Fernsehens am 14.9.2006.¹⁸

Doch der Hunger des Bauriesen scheint noch lange nicht gestillt. Hierzulande gebe es beträchtlichen Nachholbedarf, findet Hochtief. „Während in Großbritannien in einigen Bereichen fast jedes fünfte Projekt privat umgesetzt und betrieben wird, steht Deutschland noch am Anfang“, heißt es in einer Pressemeldung des Unternehmens.¹⁹ In Deutschland liege der „notwendige Sanierungsbedarf“ von Schulen, Krankenhäusern und Verwaltungsgebäuden bei „etwa 150 Mrd. EUR“.²⁰ Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) sieht das ähnlich. Ziel müsse sein, so der Minister im Januar 2006, den Anteil von PPPs an den öffentlichen Investitionen von heute vier Prozent auf 15 Prozent zu erhöhen.²¹

Damit der Rubel auch rollt, lockern Bundespolitiker schrittweise die rechtlichen Fesseln, die öffentlich-privaten Partnerschaften noch auferlegt sind. Bereits im Juni 2005 verabschiedete die damalige rot-

„Noch im Jahr 2000 kassierte der Staat 23,6 Milliarden Euro Körperschaftssteuer von den Kapitalgesellschaften. Im Jahr darauf, nach Inkrafttreten des Reformwerks (gemeint ist die Unternehmenssteuerreform der rot-grünen Bundesregierung, Anm. d. Autors), brachen diese Einnahmen vollkommen weg. Per saldo mussten die Finanzämter sogar fast eine halbe Milliarde Euro an die Firmen auszahlen – das hatte es noch nie gegeben. Bis heute bekommt der Staat weitaus weniger Gewinnsteuern als in früheren Jahren.“

(„Das größte Geschenk aller Zeiten“, in: Die Zeit, 8.9.2005)

grüne Bundesregierung das PPP-Beschleunigungsgesetz. US-Anwaltsfirmen leisteten damals tatkräftige Hilfe – ein dubioses Verfahren, das der Autor Marcus Rohwetter in einem preisgekrönten Artikel für Die Zeit aufdeckte.²²

US-Anwaltsfirmen stricken am PPP-Gesetz mit

Rohwetter beschreibt, welche Rolle etwa der Berliner Anwalt Cornelius Kleinlein spielte, Partner beim Berliner Ableger der amerikanischen Anwaltskanzlei (engl.: law firm) Hogan & Hartson. Kleinlein habe damals „der SPD-Bundestagsfraktion“ beim „Entwurf eines Gesetzes geholfen“, das den Investitionsstau in Deutschland mit auflösen solle. Der Berliner Anwalt, so Rohwetter, sei jedoch nicht der einzige Geburtshelfer des PPP-Beschleunigungsgesetzes gewesen. Die Ministerialbürokratie habe rund 40 Leute abgestellt, die Privatwirtschaft etwa 60 – „darunter die Elite der internationalen Anwaltschaft – von Freshfields bis Norton Rose, von Clifford Chance bis Linklaters“.²³ Demokratische Prozesse, gestaltet als Public Private Partnership. Unabhängigen Experten dreht sich da der Magen um. „Je inten-

siver der Staat mit außenstehenden Beratern zusammenarbeitet, desto undurchsichtiger wird der Prozess der politischen Willensbildung.“ So urteilt laut Zeit-Artikel Everhard Holtmann, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Halle-Wittenberg.²⁴

Und warum beackern Anwälte dieses Feld? Rohwetter gibt die Antwort: „Sich im Dickicht neuer Gesetze zurechtzufinden, wird für Kanzleien zum Wettbewerbsvorteil.“²⁵ Anwalt Kleinlein: „Das kann sehr hilfreich sein, wenn es darum geht, später einmal kommerzielle Mandate von Unternehmen zu gewinnen, die PPP-Projekte planen.“²⁶

Vor allem amerikanische und britische Anwaltskanzleien sind denn auch bemüht, Kontakte zu politisch einflussreichen Kreisen zu knüpfen. Clifford Chance tat sich mit der Bertelsmann-Stiftung und der Initiative D 21 zusammen, um gemeinsam die Broschürenreihe „PPP für die Praxis“ herauszugeben.²⁷ Mitunter heuern „law firms“ prominente Politiker an. „Der CDU-Finanzexperte Friedrich Merz arbeitet für die US-Kanzlei Mayer Brown Rowe & Maw, FDP-Senior Otto Graf Lambsdorff für Taylor Wessing“, zählt Marcus Rohwetter auf. Die US-Kanzlei WilmerHale beschäftigt in ihrem Berliner Büro den Ex-Bundesverkehrsminister und heutigen Bundestags-Abgeordneten Matthias Wissmann (CDU). Der tritt dann beispielsweise auf, wenn WilmerHale zum Berliner Wirtschaftsgespräch einlädt. Thema am 18.5.2006: „PPP – Moving ahead. Neue Anwendungsbereiche für öffentlich-private Kooperationen“.²⁸ Als Referent beim Berliner Wirtschaftsgespräch geladen war Hans-Martin Bury (SPD), Ex-Staatsminister unter Gerhard Schröder. Bury arbeitet heute für das US-Bankhaus Lehman Brothers und nennt sich Managing Director – zuständig für PPP.²⁹ Auch Ex-Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) bemüht sich, PPP-Projekte voranzubringen. Er betreibt dazu eine Beratungsfirma – die „Rudolf Scharping Strategie Beratung Kommunikation GmbH“.³⁰

Doch wie sinnvoll sind PPP-Projekte wirklich? Rechnen sich Bau, Sanierung und Betrieb von Schulgebäuden, wenn der Staat private Unternehmen ins Boot holt? Wir blicken nach Frankfurt am Main. Hier ist das Bildungszentrum Ostend (BZO) seit Frühjahr 2005 an der Sonnemannstraße in Betrieb.³¹ Der 56-Millionen-Euro-Bau beherbergt die Volkshochschule, zwei Abendgymnasien, eine kaufmännische Berufsschule, Teile der Bankakademie und eine musikalisch-künstlerische Ausbildungsstätte. „Einsparungen von circa 25 Prozent“ habe man realisiert, behauptet Stadtkämmerer Horst Hemzal. Außerdem seien „die wesentlichen Risiken auf den privaten Partner verlagert“, verkündet Hemzal.

„Die Kassenkredite der Kommunen sind in den ersten drei Quartalen im Vergleich zum Vorjahr erneut um 3,85 Milliarden Euro auf 27,6 Milliarden Euro angestiegen. Viele Städte müssen also weiterhin in hohem Umfang laufende Ausgaben auf Pump finanzieren. Die Kassenkredite liegen zurzeit viereinhalb Mal so hoch wie Anfang des Jahres 2000, als sie 6,2 Milliarden Euro betragen.“

(Stephan Articus vom Deutschen Städtetag laut Pressemitteilung des Deutschen Städtetages vom 19.12.2006)

Die privaten Partner, das ist zunächst die Stuttgarter Baufirma Müller-Altwater. Sie gehört zum niederländischen Baukonzern Royal BAM Group. Müller-Altwater errichtete das BZO und ist zuständig für Unterhalt und Betrieb. Beteiligt war zudem die Südleasing GmbH, eine 100-prozentige Tochter der Landesbank Baden-Württemberg. Die Südleasing finanzierte das Projekt.

Doch es halten sich hartnäckige Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des BZO-Projektes. Das Revisionsamt der Stadt Frankfurt kam im Frühjahr 2006 zu einem vernichtenden Urteil: Hätte die Stadt selbst gebaut, wäre es für den Steuerzahler drastisch günstiger geworden. Für die „Alternative Eigenbau“ errechnen die Prüfer „einen wirtschaftlichen Vorteil von rund 4,27 Millionen Euro“. So steht es auf Seite sechs des Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006.³² Die Aussage der Stadtkämmerei, die PPP-Maßnahme würde die Kosten um 25 Prozent senken, könne folglich „nicht bestätigt werden“.³³

Was die Prüfer in ihrem 51-seitigen Bericht festhalten, kommt einer schallenden Ohrfeige für die Projekt-Verantwortlichen gleich. „Eine differenzierte und umfassende Wirtschaftlichkeitsberechnung wurde von der Stadtkämmerei nicht erstellt“, urteilen die städtischen Kontrolleure.³⁴ Für Planung, Ausschreibung und Projektabwicklung seien zudem „in erheblichem Umfang externe Firmen eingesetzt“, kritisiert das Amt.³⁵ Der Revisionsbericht nennt hier eine amerikanische Anwaltskanzlei, deren Name immer wieder fällt, wenn von PPP die Rede ist: Clifford Chance. Das Frankfurter Büro der amerikanischen Kanzlei, schreiben die Prüfer, habe rund 432.000 Euro erhalten – „ohne entsprechende Beschlüsse der Magistrats-Vergabekommision“.³⁶

Es folgen weitere Backpfeifen. Das Risiko zusätzlicher Kosten sei „in unangemessenem Umfang auf die Stadt verlagert“.³⁷ Das gelte etwa für Wartung und Betrieb der technischen Anlagen sowie für Schönheitsreparaturen. „Die Qualität der Bauausführung“ entspreche nicht in allen Belangen den in Frankfurt geltenden technischen Standards.³⁸ Als Beispiel verweisen die Prüfer auf den „Primärenergiebedarf inkl. Lüftung“. Anstatt wie gefordert die Werte der Energiesparverordnung um 30 Prozent zu unterschreiten, erreichten die beiden Bauteile des Bildungszentrums lediglich 21 und 8 Prozent.³⁹ Das Revisionsamt kri-

tisiert etwa das Fehlen „einer dickeren Wärmedämmung der Dachflächen“.⁴⁰

Der Revisionsbericht wurde der Presse zugespielt – und schon hagelte es böse Schlagzeilen. „Primat des Profits“, titelte die Junge Welt.⁴¹ „Kämmerei verschweigt Kosten“, schrieb die Frankfurter Rundschau (FR).⁴² Schulleiter im BZO hätten sich bereits in den ersten Monaten nach Fertigstellung „massiv“ beschwert, berichtet die FR.⁴³ Sie beanstandeten „zu kleine Treppenhäuser“, „fehlende Türschlüssel“ und „überhitzte und zu kleine Räume“.⁴⁴ „Kein Amt weiß, warum Baumängel im Bildungszentrum nicht beseitigt wurden.“ So war noch am 2.12.2006 in der Frankfurter Presse zu lesen – eineinhalb Jahre nach Inbetriebnahme des BZO.⁴⁵

Und wie reagieren die Verantwortlichen im Römer, dem Frankfurter Rathaus? Eine offizielle Stellungnahme des Magistrats, gerichtet an die Stadtverordneten, fehlt bis heute. Es gebe zwei Gutachten, die die Vorwürfe des Revisionsamtes widerlegen. Das berichtet die Kämmerei. So habe die Alfen Consult GmbH errechnet, dass das PPP-Modell einen Kostenvorteil von 21 Prozent bringe.⁴⁶ Doch wie dies errechnet wurde, was genau in den Gutachten steht, das bleibt weiter unter Verschluss. Lediglich einzelne Stadtverordnete dürfen seit Juli 2006 die Akten zum BZO einsehen, unter Aufsicht, bei striktem Kopierverbot. „Etwa 75 Ordner und Hunderte von E-Mails und CDs“, seien da zu sichten, stöhnt ein Frankfurter Kommunalpolitiker.

Auf geheimen Wegen gelangten inzwischen einzelne Dokumente ans Licht. Etwa ein Schreiben von Stadtkämmerer Horst Hemzal mit Datum vom 18.7.2006. Der Bau des Bildungszentrums Ostend „als PPP-Vertrag“ sei „wirtschaftlich sinnvoll und gerechtfertigt“, erklärt Hemzal.⁴⁷ Eine extra eingeholte „gutachterliche Stellungnahme“ des Anwaltsbüros Clifford Chance weise „die Unhaltbarkeit des Revi-

sionsberichts zur Risikothematik“ nach.⁴⁸ Richtig sei vielmehr, dass die Risiken „in ganz ungewöhnlichem Maß auf den Investor übertragen wurden“.⁴⁹ Der Vertragszeitraum von 20 Jahren stelle einen „ausgesprochen innovativen und nachhaltigen ... Ansatz dar“.⁵⁰ Denn üblicherweise, schreibt der Kämmerer, werden lediglich „Gewährleistungszeiträume von max. fünf Jahren berücksichtigt.“ Und überhaupt: Der Revisionsbericht sei von einer „grundsätzlich ablehnenden Haltung“ gegenüber PPP-Modellen geprägt und enthalte „tendenziöse Andeutungen“.⁵¹ In Frankfurt am Main laufen derzeit Planungen, PPP-Projekte für vier weitere Schulen aufs Gleis zu setzen.

Immer mehr Zweifel an PPP

Inzwischen häufen sich die Stimmen, die von der angeblichen Überlegenheit der öffentlich-privaten Partnerschaften gar nicht überzeugt sind:

- Der Bayerische Oberste Rechnungshof untersuchte den Bau einer Brücke bei Miltenberg und die Errichtung der Münchener Flughafentangente bei Erding. Beide Projekte wurden als PPP-Projekt realisiert. Fazit des Rechnungshofs: Er könne „keine Kostenvorteile“ feststellen. Im Gegenteil: Die private Vorfinanzierung „verteuert ... die Maßnahmen“.⁵²
- DIE WELT schreibt über den Herrentunnel bei Lübeck, an dessen Bau Hochtief beteiligt war, finanziert via PPP: Das Projekt „droht zum Millionengrab zu werden“.⁵³
- Der Bundesgerichtshof befasste sich laut DER SPIEGEL mit einem Gemeinde- und Verwaltungszentrum, das sich das 600-Einwohner-Dorf Podelwitz bei Leipzig per PPP errichten ließ.⁵⁴ „Die Gemeinde verpflichtete sich, 22 Jahre lang über 14.000 Euro monatlich an den Investor zu zahlen“, schreibt das Nachrichten-

magazin. „Plus Umsatzsteuer und Nebenkosten.“ Jeder einzelne Quadratmeter kostete damit „zweieinhalb mal so viel wie in der Umgebung“. Die Bundesrichter urteilten, so DER SPIEGEL, dass der PPP-Vertrag „in krassem Widerspruch zum Gemeinwohl“ stehe.

- Auch aus Großbritannien, dem Mutterland von PPP, dringen Negativmeldungen.⁵⁵ Etwa über die öffentlich-privat finanzierten Projekte innerhalb des staatlichen Gesundheitswesens (engl.: National Health Service – NHS). 58 Projekte müssten jährlich umgerechnet 2,2 Milliarden Euro an Unternehmen wie Siemens, Rentokil-Initial, Jarvis oder Tarmac zu überweisen, meldet die Wochenzeitung Freitag. Eine Summe, die „nicht zuletzt durch einen Abbau von Betten und von Personal“ erwirtschaftet werde. „Eine Studie der konservativen Partei ergab, dass der NHS in den nächsten 30 Jahren über 80 Milliarden Euro für Spitäler ausgeben muss, deren Bau gerade einmal zwölf Milliarden gekostet hat.“ Dabei entsprächen die Bauten nur selten den NHS-Standards. „Sie wurden schnell und schludrig errichtet“, so das Blatt.
- Kritik kommt auch von einem Verband, der sich sonst gerne zugunsten von Privatisierung äußert: Vom Bund der Steuerzahler (BdSt). PPP Sorge dafür, dass „die tatsächlichen Lasten der öffentlichen Haushalte durch private Finanzierungen verschleiert werden“, beanstandet BdST-Präsident Karl Heinz Däke.⁵⁶ Finanziell gebeutelte Gebietskörperschaften neigten ferner dazu, „die Risiken bei PPP nicht ausreichend zu prüfen“, so Däke. Es sei „zweifelhaft“, ob PPP langfristig tatsächlich wirtschaftlicher, effizienter und schneller zu realisieren sind als die „herkömmliche Form der Dienstleistungserstellung über die Haushaltsfinanzierung“. Schließlich, urteilt der BdST-Präsident, könnten sich Gebietskörperschaften „wegen ihrer höheren Bonität zu günstigeren Kondi-

tionen verschulden“ als private Gesellschaften. Private Investoren müssten zudem „Gewinne erzielen“ – die „im Fall einer PPP ... der Steuerzahler zu bezahlen hat“.

Holger Mühlenkamp, Professor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, zählt ebenfalls zu den PPP-Skeptikern. Er warnt, „dass Verträge zwischen der öffentlichen Hand und Privaten tendenziell zu Ungunsten der öffentlichen Hand ausfallen“.⁵⁷ Der Wissenschaftler argumentiert: Zwar arbeiten Privatunternehmen oftmals mit geringeren Produktionskosten als der Staat. Doch man müsse weitere Kosten berücksichtigen. Denn auch die Suche nach Vertragspartnern, Vertragsverhandlungen und die Überwachung und Durchsetzung der Verträge verschlinge Arbeitszeit und Geld. Je komplexer und für die Öffentlichkeit undurchsichtiger die Materie ist, desto höher fallen diese Kosten aus. Es sei deshalb „einfacher, Reinigungsdienstleistungen als Klärwerke oder Armeen privaten Anbietern zu überlassen“. Mühlenkamp verweist zudem auf die Neue Politische Ökonomie. Die besagt: Kleine Gruppen, deren Mitglieder sich kennen und ähnliche Interessen verfolgen, können sich im politischen Prozess besser durchsetzen als große Gruppen, deren Mitglieder nur schwer unter einen Hut zu bringen sind. Folglich ist die Gefahr groß, dass sich ein Klüngel aus Lokalpolitikern, Bürokraten, Beschäftigten und Privatunternehmen für ein PPP-Projekt zusammenschließt, um die Allgemeinheit über den Tisch zu ziehen. Sie betreiben dann eine öffentlich-private Partnerschaft „zu Lasten der Kunden, die überhöhte Preise zahlen, und der Steuerzahler, die eventuelle Defizite tragen müssen“. Es stelle sich deshalb die Frage, so der Hochschullehrer, „ob die Therapie PPP nicht schlimmer ist als die Krankheit“. Der Kölner Publizist und Privatisierungs-Kritiker Werner Rügemer stößt ins gleiche Horn: In den meisten Fällen käme die Gemeinden ein normaler Kredit und der Bau in Eigenregie günstiger zu stehen.⁵⁸ PPP biete zudem einen Nährboden für Korruption und Klüngel. Rügemer: In

den „verschlafenen Amtsstuben der deutschen Kommunalaufsicht“ fehle es an Kompetenz, um „gegen die Übermacht der Privaten zu bestehen“.

Demnächst auch PPP, „um Leistungen der Schüler zu erfassen“?

Wir richten den Blick erneut nach Großbritannien. Dort arbeitet die Serco Group als Partner der beiden Landkreise Bradford und Walsall. Serco betreibt dort nicht nur Schulgebäude. Man sei dort „auch direkt in das Schul- und Bildungsmanagement eingebunden“, schreibt der Dienstleistungskonzern in einer Fallstudie.⁵⁹ Dazu gehöre „das gemeinschaftliche Festlegen von Bildungsstandards und deren Messung“. Serco habe ein softwarebasiertes Managementsystem entwickelt, mit denen auch „Leistungen der Schüler zu erfassen“ seien. Mit dem Online-Tool „Serco VLE“ werde Schülern und Lehrern der „Zugriff auf Lehr- und Lernmaterialien von zu Hause aus ermöglicht“. Gleichzeitig helfe das Online-Tool, „Lernfortschritte und -schwächen zu entdecken und so die Lehrkräfte im Unterricht zu unterstützen“.

Ein Modell auch für Deutschland? Jörg Harm vom nordrhein-westfälischen Schulministerium winkt ab. Das Festlegen von Bildungsstandards sei „staatliche Aufgabe“, sagt Harm. Und was ist mit der Evaluation, also dem Kontrollieren, ob die Standards auch eingehalten werden? „Wenn sich die Schule hier Hilfe von außen holen will, kann sie das gerne machen“, so der Mann aus dem NRW-Ministerium. Er betont jedoch: „Das Land stellt selbst Instrumente zur Verfügung, mit denen sich das Einhalten der Standards prüfen lässt.“ Noch ist die Schulevaluation durch PPP-Unternehmen also Zukunftsmusik.

Quellen

- 1 http://www.serco.de/index.php/cat/77/title/Case_Studies: Gefechtsübungszentrum Heer (pdf-Datei)
- 2 <http://www.serco.com/markets/defence/index.asp>
- 3 ebenda
- 4 http://www.serco.co.uk/text/assurance/markets/defence/nuclear_weapons/index.asp sowie: http://www.aldermaston.net/campaigns/serco_2004.php
- 5 http://www.serco.de/index.php/cat/77/title/Case_Studies: Schulprojekt Monheim am Rhein (pdf-Datei)
- 6 http://www.serco.de/index.php/cat/77/title/Case_Studies: Schulprojekt Monheim am Rhein (pdf-Datei)
- 7 <http://www.monheim.de/stadtprofil/schulen/ppp/>
- 8 <http://www.monheim.de/stadtprofil/schulen/ppp/>
- 9 <http://www.monheim.de/stadtprofil/schulen/ppp/>
- 10 <http://www.monheim.de/stadtprofil/schulen/ppp/>
- 11 http://www.serco.de/index.php/cat/77/title/Case_Studies: Schulprojekt Monheim am Rhein (pdf-Datei)
- 12 Public Private Partnership Projekte. Eine aktuelle Bestandsaufnahme in Bund, Ländern und Kommunen, Deutsches Institut für Urbanistik, Im Auftrag der PPP Task Force im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, September 2005: http://www.ppp-bund.de/download/Endbericht_Internet.pdf
- 13 ebenda
- 14 www.ppp-bund.de/download/PM-08-09-2006.pdf
- 15 <http://www.hochtief-pppsolutions.de/ppp/37.jhtml>
- 16 <http://www.hochtief-pppsolutions.de/ppp/68.jhtml>
- 17 <http://www.hochtief.de/hochtief/hochtief?id=974> (Positionspapier“ als pdf-Datei)
- 18 http://boerse.ard.de/content.jsp?key=dokument_185966
- 19 <http://www.hochtief-pppsolutions.de/ppp/68.jhtml>
- 20 <http://www.hochtief-pppsolutions.de/ppp/68.jhtml>

-
- 21 Zitiert nach: Jörg Christen, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Erfahrungen und Ziele der Bundesregierung zu PPP, ÖPP-Beschleunigungsgesetz und Planungen für ein PPP-Novellierungsgesetz, November 2006, als Download zu finden auf: http://www.verdi.de/politik_von_a_bis_z/public_private_partnership
- 22 Marcus Rohwetter, Ihr Wort wird Gesetz. Wenn Ministerien und Parlament die Gesetzesarbeit zu schwierig wird, springen internationale Anwaltskanzleien gerne ein, in: Die Zeit, 6. Oktober 2005: http://www.zeit.de/2005/41/Law_Firms
- 23 ebenda
- 24 ebenda
- 25 ebenda
- 26 ebenda
- 27 siehe: Prozessleitfaden Public Private Partnership, Bertelsmann-Stiftung, Clifford Chance Pünder, Initiative D21 (Hrsg.): <http://www.rfb-ppp.de/25.0.html>
- 28 <http://www.wilmerhale.com/de/veranstaltungen/whEventsDetail.aspx?firmEvent=1120>
- 29 ebenda
- 30 <http://www.rsbk.de/>
- 31 PPP im Hochbau. Bildungszentrum Ostend, Frankfurt am Main, Hrsg. Stadt Frankfurt am Main, Juli 2004
- 32 Wirtschaftlichkeit alternativer Bau-/Betreibermodelle am Beispiel „Bildungszentrum Ostend“, Revisionsbericht Nr.03/2005 vom 12.1.2006
- 33 Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006, Seite 24
- 34 Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006, Seite 6
- 35 Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006, Seite 11
- 36 Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006, Seite 12
- 37 Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006, Seite 34
- 38 Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006, Seite 7
- 39 Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006, Seite 7
- 40 Revisionsbericht Nr.3/2005 vom 12.1.2006, Seite 38
- 41 Werner Rügemeier, Primat des Profits, Junge Welt, 19.4.2006

- 42 Kämmerei verschweigt die Kosten, Frankfurter Rundschau vom 23.5.2006
- 43 Kämmerei verschweigt die Kosten, Frankfurter Rundschau vom 23.5.2006
- 44 Kämmerei verschweigt die Kosten, Frankfurter Rundschau vom 23.5.2006
- 45 Martin Müller-Bialon, Noch fehlt die Fluchttreppe, Frankfurter Rundschau vom 2.12.2006
- 46 E-Mail am 18.12.2006 von Bernd Weiß, dem Leiter der Kämmerei, an den Autor
- 47 Bericht von Stadtkämmerer Horst Hemzal mit Datum vom 18.7.2006, Seite 8
- 48 Bericht von Stadtkämmerer Horst Hemzal mit Datum vom 18.7.2006, Seite 5
- 49 Bericht von Stadtkämmerer Horst Hemzal mit Datum vom 18.7.2006, Seite 5
- 50 Bericht von Stadtkämmerer Horst Hemzal mit Datum vom 18.7.2006, Seite 7
- 51 Bericht von Stadtkämmerer Horst Hemzal mit Datum vom 18.7.2006, Seite 2f
- 52 http://www.orh.bayern.de/index.php?option=com_content&task=view&id=303&Itemid=206
- 53 Hagen Seidel, In die Röhre geschaut, DIE WELT, 22. August 2006
- 54 Markus Verbeet, Der private Staat, DER SPIEGEL, 21. August 2006
- 55 Pit Wuhrer, Aufstand am Krankenbett, Freitag, 1.12.2006
- 56 zum Folgenden: Karl Heinz Däke (Präsident des Bundes der Steuerzahler), Der Bürger muss profitieren, in: Lothar Pauly (Hrsg.), Das neue Miteinander. Public Private Partnership für Deutschland, Hoffmann und Campe, 2006, 352 Seiten
- 57 Holger Mühlkamp, Public Private Partnership aus der Sicht der Transaktionskostenökonomik und der Neuen Politischen Ökonomie, in: Dietrich Budäus (Hrsg.), Kooperationsformen zwischen Staat und Markt. Theoretische Grundlagen und praktische Ausprägungen von Public Private Partnership, Nomos, 2006, 254 Seiten
- 58 zitiert nach: Eine neue Form der öffentlichen Verschuldung“, in: Oberhessische Zeitung vom 25.2.2006
- 59 zum folgenden: [http://www.serco.de/index.php/cat/77/title/Case_Studies:_Schulprojekt_Monheim_am_Rhein,_Kapitel_„Internationale_Erfahrungen“_\(pdf-Datei\)](http://www.serco.de/index.php/cat/77/title/Case_Studies:_Schulprojekt_Monheim_am_Rhein,_Kapitel_„Internationale_Erfahrungen“_(pdf-Datei))

GEW-Links zum Thema

Privatisierungsreport 1 + 2:

http://www.gew.de/Publikationen_aus_dem_Vorstandsbereich_Schule.html (unter 2006)

Mitbestimmung und Ein-Euro-Jobs:

<http://www.gew.de/Ein-Euro-Jobs.html>

GEW-Pressemitteilungen:

GEW-Hauptvorstand und GEW Berlin verurteilen Plan, arbeitslose Lehrkräfte in Ein-Euro-Jobs für Sprachkurse heran zu ziehen (04.10.2004):

http://www.gew.de/GEW_Boeger-Vorstoss_ist_skandaloes.html

GEW: „Ein-Euro-Jobs gefährden qualifizierte Bildungsarbeit“ (04.10.2005):

http://www.gew.de/GEW_Ein-Euro-Jobs_gefaehrden_qualifizierte_Bildungsarbeit.html

Weitere Links:

Gewerkschaftstag der GEW zu Ein-Euro-Jobs:

http://www.gew.de/052005_25._Gewerkschaftstag.html

Schülerfirmen dienen der Berufsvorbereitung:

<http://www.gew.de/Berufsvorbereitung.html>

Gutachten zu GATS und EU-Dienstleistungsrichtlinie 2006:

http://www.gew.de/Gutachten_zu_GATS_und_EU-Dienstleistungsrichtlinie_2006.html

Allgemeine Infos zur EU-Dienstleistungsrichtlinie:

<http://www.gew.de/EU-Dienstleistungsrichtlinie.html>

Der kurze Weg zur GEW

GEW Baden-Württemberg

Silcherstraße 7
70176 Stuttgart
Telefon: 0711/21030-0
Telefax: 0711/21030-45
www.gew-bw.de
info@gew-bw.de

GEW Bayern

Schwanthalerstraße 64
80336 München
Telefon: 089/544081-0
Telefax: 089/5389487
www.bayern.gew.de
info@bayern.gew.de

GEW Berlin

Ahornstraße 5
10787 Berlin
Telefon: 030/219993-0
Telefax: 030/219993-50
www.gew-berlin.de
info@gew-berlin.de

GEW Brandenburg

Alleestraße 6a
14469 Potsdam
Telefon: 0331/27184-0
Telefax: 0331/27184-30
www.gew-brandenburg.de
info@gew-brandenburg.de

GEW Bremen

Löningsstraße 35
28195 Bremen
Telefon: 0421/33764-0
Telefax: 0421/33764-30
www.gew-bremen.de
info@gew-hb.de

GEW Hamburg

Rothenbaumchaussee 15
20148 Hamburg
Telefon: 040/414633-0
Telefax: 040/440877
www.gew-hamburg.de
info@gew-hamburg.de

GEW Hessen

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt am Main
Telefon: 069/971293-0
Telefax: 069/971293-93
www.gew-hessen.de
info@hessen.gew.de

GEW Mecklenburg- Vorpommern

Lübecker Straße 265a
19059 Schwerin
Telefon: 0385/4852711
Telefax: 0385/4852724
www.gew-mv.de
Landesverband@mvp.GEW.de

GEW Niedersachsen

Berliner Allee 16
30175 Hannover
Telefon: 0511/33804-0
Telefax: 0511/33804-46
www.gew-nds.de
email@gew-nds.de

GEW Nordrhein-Westfalen

Nünningstraße 11
45141 Essen
Telefon: 0201/294030-1
Telefax: 0201/29403-51
www.gew-nrw.de
info@gew-nrw.de

GEW Rheinland-Pfalz

Neubrunnenstraße 8
55116 Mainz
Telefon: 06131/28988-0
Telefax: 06131/28988-80
www.gew-rheinland-pfalz.de
gew@gew-rheinland-pfalz.de

GEW Saarland

Mainzer Straße 84
66121 Saarbrücken
Telefon: 0681/66830-0
Telefax: 0681/66830-17
www.gew-saarland.de
sekretariat@gew-saarland.de

GEW Sachsen

Nonnenstraße 58
04229 Leipzig
Telefon: 0341/4947404
Telefax: 0341/4947406
www.gew-sachsen.de
GEW-Sachsen@t-online.de

GEW Sachsen-Anhalt

Markgrafenstraße 6
39114 Magdeburg
Telefon: 0391/73554-0
Telefax: 0391/7313405
www.gew-lsa.de
lv@gew-lsa.de

GEW Schleswig-Holstein

Legienstraße 22-24
24103 Kiel
Telefon: 0431/554220
Telefax: 0431/554948
www.gew-sh.de
info@gew-sh.de

GEW Thüringen

Heinrich-Mann-Straße 22
99096 Erfurt
Telefon: 0361/59095-0
Telefax: 0361/59095-60
www.gew-thuringen.de
info@gew-thuringen.de

GEW-Hauptvorstand

Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon: 069/78973-0
Telefax: 069/78973-201
www.gew.de
info@gew.de

GEW-Hauptvorstand

**Parlamentarisches
Verbindungsbüro Berlin**
Wallstraße 65
10179 Berlin
Telefon: 030/235014-0
Telefax: 030/235014-10
info@buero-berlin.gew.de

Die GEW im Internet:

www.gew.de

Beitrittserklärung

Frau/Herr

Vorname/Name

Straße/Nr.

Land (D für BRD), Postleitzahl/Ort

E-Mail-Adresse

Geburtsdatum

Nationalität

Telefon

bisher gewerkschaftlich organisiert bei

von

bis (Monat/Jahr)

Name/Ort der Bank

Kontonummer

BLZ

Berufsbezeichnung/-ziel

beschäftigt seit

Fachgruppe

Entgelt/Tarif/Besoldungsgruppe

gültig seit

Stufe

Bruttoeinkommen monatlich

Betrieb/Dienststelle

Träger

Straße/Nr. des Betriebs/der Dienststelle

Postleitzahl/Ort

Beschäftigungsverhältnis

angestellt

beamtet

in Rente

pensioniert

Altersübergangsgeld

arbeitslos

Honorarkraft

beurlaubt ohne Bezüge

teilzeitbeschäftigt mit ___ Std./Woche

im Studium

Vorbereitungsdienst/Berufspraktikum

befristet bis

Sonstiges _____

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Ort, Datum

Unterschrift

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband oder an den:

GEW-Hauptvorstand
Postfach 90 04 09
60444 Frankfurt am Main

Vielen Dank! Ihre GEW



